Antinationale Konferenz am 4. Oktober 1998 in Hannover

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland

ab 11 Uhr
Begrüßung

kurzes Einleitungsreferat
(Junge Linke Hannover)

ab 12 Uhr
Podiumsdiskussion

Kommunismus - ein nationales Anliegen?

Sarah Wagenknecht
(Kommunistische Plattform in der PDS, angefragt)
vs.
Eulalia d'Hibou
(Junge Linke Bremen)

ab 15 Uhr
Parallel laufende Arbeitsgruppen

Der bürgerliche Staat – politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft

Kritik der linken Sozialstaatsillusion und des 'Neoliberalismus'-Ansatzes

War Auschwitz der Zivilisationsbruch?

Nationalsozialismus und postfaschistischeDemokratie

Frauen und Volkskörper - Zur Kontinuität eines nationalen Politikfeldes

Dealerhatz - Integration der Volksgemeinschaft durch den Kampf gegen 'Organisierte Kriminalität'

Jugoslawien – ein Glücksfall für Deutschland

Befreiungsnationalismus: Nation statt Befreiung

ab 19 Uhr
Podiumsdiskussion:

Auschwitz – bevölkerungspolitisches Kalkül oder nationaler Wahn?

N.N. vs.
Lars Quadfasel (Gruppe Ratio Rausch Revolution)

Organisatorisches:

Für preiswerte Verpflegung vor Ort ist gesorgt, und notfalls können wir auch Schlafplätze vermitteln. Wir erheben keinen Teilnahmebeitrag.

Der Kongreß findet statt im 'Faust', Wilhelm-Bluhm-Str. 12, Hannover. (Vom HBF Straßenbahnlinie 10 Richtung Ahlem, Haltestelle 'Leinaustraße', nach rechts durch die Leinaustraße gehen)

Aktuelles zur Konferenz

http://www.comlink.apc.org/junge-linke/nation

keine Anzeigen

Coupon

Wer mehr über unseren Laden erfahren will, kann hier gleich anfangen, den Coupon ausfüllen und abschicken:

■ Ich will in Zukunft (kostenlos) **Zeitungen** wie diese in meinem Briefkasten haben. Nehmt mich in den Verteiler auf.

■ Schickt mir Infos über **Seminare** und Veranstaltungen von JD-JL.

■ Schickt mir Material zum Thema **Drogen**politik(kritik). Aprospos Drogen: lange angekündigt, endlich erschienen: die Stoffkundebroschüre unseres Bundesarbeitskreises Drogen (Siehe S.X). 100 Seiten, 5 DM. Bei uns oder im guten Buchhandel.

■ Sendet mir ___ Exemplar(e) der **Stoffkundebroschüre**. Geld liegt bei (bar oder Briefmarken).

■ Wo gibt's **JD-JL** in meiner Nähe?

■ Ich interessiere mich für **radikal reisen**, das politische Reiseprogramm der JD-JL. (Demnächst geht's beispielsweise nach Ungarn und Israel.)

Schickt die Sachen an:

Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon

JungdemokratInnen-Junge Linke

(Bundesverband), Pappelallee 9, 10437 Berlin · Tel.: (030) 440248-64, Fax -66 · e-mail: jdjlbgs@aol.com · internet: http://members.aol.com/jdjlbv/

Die antinationale Konferenz wird unterstützt von:

konkret

Sonderausgabe der Zeitung Tendenz
Zeitung des Bundesverbandes und der Landesverbände
der JungdemokratInnen-Jungen Linken

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland

Antinationale Konferenz am 4. Oktober 1998 in Hannover

Am 3. Oktober 1998 jährt sich zum achten Mal das Inkrafttreten des „Einigungsvertrages", durch den sich die BRD die DDR einverleibte. Das ist ihrem politischen Personal auch in diesem Jahr wieder Anlaß, dieses Ereignis als einen besonderen Erfolg der deutschen Nation zu feiern; und ein nicht geringer Teil der linken Opposition in Deutschland wird sich davon wieder einmal zwar demonstrativ, jedoch mit unterschiedlichen – und teils fragwürdigen – Begründungen abwenden.

Das nehmen wir zum Anlaß, die Kritik des Nationalismus aufs Neue zu diskutieren, und dafür laden wir zu einer antinationalen Konferenz am 4. Oktober 1998 nach Hannover ein.

Mit dem einleitenden Text wollen wir die Auseinandersetzung mit dem Thema der Konferenz beginnen; die anderen Artikel sollen eine Vorstellung davon vermitteln, worum es in den Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen im Einzelnen gehen wird. Ein Plan der ganzen Veranstaltung findet sich auf der letzten Seite.

Die Konferenz wird unterstützt von:

konkret

Was ist Nationalismus?

Auch wer nicht als grölender Skinhead auf offener Straße Ausländer verprügelt und somit vom Klischee des bösen Nationalisten weit entfernt zu sein scheint, kann durchaus der Meinung sein, daß es richtig ist, sich freiwillig zum Bund zu melden, Wahlhelfer zu spielen oder der nationalen Fußballmannschaft zuzujubeln. Daß zunächst einmal jeder Deutsche einen Arbeitsplatz braucht, bevor Leute aus anderen Ländern „bei uns" ihr Geld verdienen dürfen, ist auch für erklärte Ausländerfreunde etwas, was wirklich einmal offen gesagt werden muß; davon abgesehen, daß die Aufnahmekapazitäten für Asylbewerber „natürlich" nicht unbegrenzt sind – schon allein kulturell sind „wir" davon einfach überfordert: Das bescheidene aber nachdrückliche Einklagen eines „gesunden Nationalgefühls" gehört dabei seit 1989 sowieso wieder zum guten Ton jeder Politikerrede.

Wer „wir" sagt und damit nicht sich und seine Freunde meint, sondern gerne zugibt, sich „als Deutscher zu fühlen", glaubt, selbst wenn er es nicht aussprechen würde, zu einem „Volk" zu gehören, das von anderen „Völkern" unterschieden ist und natürlicherweise danach strebe, sich zu einem Nationalstaat zusammenzuschließen. Daß eine Anzahl höchst unterschiedlicher Menschen ein bestimmtes Volksganzes bilden soll, wird auf verschiedene Weisen begründet; keine dieser Begründungen ist jedoch richtig:

Verfassungspatrioten betonen, daß der Nationalstaat nichts anderes sei als ein Zusammenschluß der Bürger zu ihrem gegenseitigen Nutzen. Ein solcher Willenszusammenhang gründet sich auf einer angenommenen Interessengleichheit seiner Mitglieder. Was alle wollen sei „Life, liberty and the pursuit of happiness", und erst der Zusammenschluß zu einer Nation ermögliche es den Einzelnen, diese Wünsche zu verwirklichen. Daß diese Begründung wesentliche Merkmale bürgerlicher Gesellschaften ignoriert und damit falsch ist, soll weiter unten gezeigt werden.

Es gibt aber noch andere Versuche, die Zugehörigkeit verschiedener Leute zu einem Volk zu begründen. Beispielsweise die Behauptung, Menschen gehörten aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache natürlicherweise zusammen. Sprachen sind aber gar nichts Natürliches: man kann sie nämlich lernen. Zunächst ist eine bestimmte Sprache die äußere Form eines Gedankens. Das sieht man schon daran, daß man ein und denselben Gedanken in verschiedenen Sprachen ausdrücken kann. Daß Leute, die eine bestimmte Sprache sprechen, eine Gemeinschaft bilden, deren Mitglieder von anderen Menschen nicht nur durch die Form, in der sie sich ausdrücken, sondern auch in ihrem „Fühlen und Denken" unterschieden seien, ist schlichtweg falsch.

Auch die Kultur ist nichts, worauf sich eine „Volksgemeinschaft" gründen würde. Es mag möglich sein, zwischen verschiedensten Stilrichtungen und Kunstformen, Epochen und Künstlern Verbindungen aufzuzeigen – sie unter eine „Nationalkultur" zu ordnen, ist ihnen immer äußerlich. Leute, die sich auf „unseren" Goethe berufen, als hätten sie den „Werther" selbst geschrieben, zeigen damit nur, wie wenig sie von der Kunst verstehen, die sie zum Grund ihrer nationalen Identität erklären wollen. Ein Kunstwerk enthält in sich immer eine Reflexion auf die künstlerische Tradition. Daß sich diese Tradition nicht auf Staatsgrenzen beschränken läßt, kann man an fast jedem Kunstwerk zeigen.

Diesen falschen Begründungen ist eines gemeinsam: sie verkehren die Folgen einer gewaltsamen Zusammenfassung von Menschen zu einer Nation in den rechtfertigenden Grund dieses Nationalstaates. Daß offizielle Amts- und Schriftsprachen gegenüber Dialekten zum verbindlichen Verständigungsmittel werden, beruht immer auf staatlicher Anordnung: So ist die allgemeine Verbreitung von Hochdeutsch Resultat und nicht Ursache der Gründung des Deutschen Reiches. Und wenn sich überhaupt eine Gepflogenheit über genau eine ganze Nation verbreitet haben sollte, dann erst, weil es diese bereits gab. Oder was haben die ostfriesische Teekultur und das Bayrische Weißwurstessen, der Dans op de Deel und der Schuhplattler anderes gemeinsam, als daß sie unter „deutsch" sortiert werden? Das Kriterium für eine solche Sortierung sind nicht etwa Ähnlichkeiten in den Sitten und Gebräuchen; vielmehr vollzieht sich die Bestimmung „typischer" nationaler Eigenarten entlang von Staatsgrenzen.

Der völkische Nationalismus beruht auf der Ansicht, ein Nationalstaat sei „die Zusammenfassung physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen" (Adolf Hitler) und ist damit die radikalisierte Form des Kulturnationalismus. Denn hier soll die „natürliche Gemeinschaft" gleich ganz auf Natur gründen; es sei das biologische Wesen eines

Fortsetzung auf Seite 2

Themen:



Was ist Nationalismus?

Fortsetzung von Seite 1

Menschen, das ihn zu einem bestimmten Volk und damit zu einem klar abgegrenzten Nationalstaat gehören lasse. Nun ist es aber so, daß Blut überall rot ist und einen Rhesusfaktor hat oder nicht, weltweit gibt es nur die Blutgruppen 0, A, AB und B. Irgendwelche nationalen Charaktereigenschaften zu behaupten, ist genauso falsch: In jedem „Volk" gibt es höchst unterschiedliche Menschen, die mit anderen Menschen aus „anderen Völkern" mehr gemeinsame Interessen haben, als mit ihren „Volksgenossen". Auch Haut-, Haar- und Augenfarbe, Religion, Reichtum und „Intelligenz" taugen nicht, die Zugehörigkeit verschiedener Menschen zu einem bestimmten Volk zu begründen.

Exkurs: Anmerkungen zu Deutschland

Jede der bereits erwähnten Varianten von Nationalismus (und noch andere) gibt es in jedem Nationalstaat. „Verfassungspatriotismus" ist die klassische Variante der amerikanischen und französischen Revolution. Kulturalistisch-konventioneller Nationalismus ist z.B. der deutsche Nationalismus bis 1870, oder der „Panslawismus" in der Zeit vor dem I. Weltkrieg. Der völkisch-rassistische Nationalismus hat sich erst 1933 in Deutschland durchgesetzt. In jedem Nationalstaat – egal welche Argumente offiziell zur Begründung seiner Existenz angeführt werden – wird von staatlicher Seite festgelegt, wer Angehörige/r der jeweiligen Nation ist, und in jedem Nationalstaat gibt es Leute, die anderen Auffassungen anhängen. Auch die amerikanischen FaschistInnen glauben z.B., daß Schwarze und Hispanics keine AmerikanerInnen sein können, und die jüdisch geführte Regierung in Washington dabei ist, den american way of life abzuschaffen. Auch in Frankreich will die politische Rechte den König Chlodwig (5. Jahrhundert) nachträglich zum ersten französischen König machen – und damit die französische Geschichte anno dunnemals beginnen lassen.

In jedem Nationalismus schlummert die Tendenz, die Gemeinsamkeiten von Menschen, mit denen die Nation gemacht wird, zum Grund des Nationmachen zu verklären. Die Bürger eines Staates sollen den gemeinsamen Willen zur Nation deswegen haben, weil die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Kultur und Geschichte sie dazu bestimme.

Die Radikalisierung des Versuches, eine Volkszugehörigkeit zum Schicksal zu erklären, besteht darin, zu behaupten, daß deutsche Kultur und Sprache nur Ausdruck der physischen und seelischen Gleichartigkeit der Deutschen seien. Das ist auch konsequent – denn einen Willen kann jemand haben oder nicht. Gegen sein „Schicksal" oder sein „biologisches Wesen" kann er jedoch nichts ausrichten.

Wie alle Nationalisten, waren auch die deutschen Nationalisten bereit, für ihr Land Krieg zu führen. Die Gründe für Kriege zwischen bürgerliche Staaten werden weiter unten ausgeführt. Mit ihnen alleine läßt sich der Krieg des faschistischen Deutschlands aber nicht erklären. Auch der französische und amerikanische Nationalismus wollen nicht bloß in den Grenzen ihres jeweiligen Landes bleiben, auch sie sind an Wirkung auf die anderen Staaten dieser Welt interessiert. Sie aber leiten ihre „Verantwortung für die Welt" aus der „Demokratie" bzw. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ab, die sie den anderen Völkern zu bringen hätten. Der Vietnamkrieg ist ein Beispiel dafür, inwiefern es den Staaten bei der Durchsetzung ihrer Prinzipien um das Wohl der Bevölkerung zu tun ist.

Zwar sollte auch am deutschen Wesen die Welt genesen. Wenn aber der Charakter eines Staates sich aus dem Charakter des Volkes ergibt – und das war die Behauptung des deutschen Nationalismus – so konnten die anderen Völker nur dadurch „befreit" werden, daß sie dauerhaft unter die deutsche Knute kamen. Deren 'kulturelle Minderwertigkeit' galt als Ausdruck ihres biologischen Wesens. Der „Platz an der Sonne" wurde vom Feinde verweigert. Eingeklemmt zwischen Ost und West, war jede Handlung der deutschen Nation immer nur eines: Ein heiliger Verteidigungskrieg für das, was Deutschland eigentlich zustände brächte, ihm aber bisher aus Haß auf die Überlegene deutsche Kultur verweigert wurde.

Im Osten sahen die deutschen NationalistInnen nach 1870 nur Barbarei am Werke, faule, schmutzige Tagediebe: „Das ganze Leben der Polen ist, als wäre es mit zerrissenen Stricken und Lumpen zusammengebunden und zusammengehalten. Schmutzige deutsche Juden, die wie Ungeziefer in Schmutz und Elend wimmeln, sind die Patrizier des Landes. Tausendmal habe ich gedacht, wenn doch das Feuer diesen Anbau vernichten wollte, damit dieser unergründliche Schmutz von der reinlichen Flamme in reinliche Asche verwandelt würde. Das war mir immer eine wohltätige Vorstellung." [Carl von Clausewitz: Brief an seine Frau 1812, zit. n. Seepel: Polenbild, S.28. Die Verachtung für Polen reicht bis ins 17. Jahrhundert zurück, aber erst nach 1871 ist sie „Allgemeingut" des deutschen Nationalismus geworden.] An Feuer und Asche auf polnischem Boden hat es dann ja später nicht gefehlt.

Im Westen sah man dagegen nur eine „degenerierte". Zivilisation, der nichts heilig war, mit dem Sündenbabel „Paris" als Hauptstadt. Der Erbfeind, das französische Volk, „das in dem Wahne lebte, jeden Augenblick einen neuen Staat herstellen zu können" [D. Müller: Geschichte des deutschen Volkes. Berlin 1894. Zit. n. König: Imperialistische Erziehung, S.43], bedrohte durch revolutionäre Ideen, militärische Expansion und seine Sittenlosigkeit deutsche Art und deutsches Wesen.

So umzingelt, und dann noch im Inneren die „Reichsfeinde": Die SozialdemokratInnen, die als „vaterlandslose Gesellen" bezeichnet wurden (was sie leider nicht waren), die Menschen aus Polen, Dänemark und Elsaß-Lothringen, die der nationalen Unzuverlässigkeit verdächtigt wurden, die Jüdinnen und Juden, denen das noch mal besonders unterstellt wurde, die Roma und Sinti, die als unnütze Kriminelle betrachtet wurden, die Homosexuellen, die als kranke Volksschädlinge galten, und die Frauenbewegung. Letzteren wurde nicht nur vorgeworfen, die „natürliche Ordnung" umzuwerfen – Homosexuelle und Frauenrechtlerinnen wurden als Feinde einer hinreichenden nationalen Nachwuchs-Produktion ausgemacht.

Nichts davon mußten die Nazis erfinden – das war die hegemoniale Art des Nationalismus im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Und auch schon vorher gab es die Überzeugung, eine jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland sei im Gange. Vieles davon gab und gibt es auch in anderen Ländern und ihren Nationalismen. Aber: Nur in Deutschland ist daraus ein Staatsprogramm zur Ausrottung aller Feinde geworden. Nur in Deutschland hat der Antisemitismus zum Sieg einer radikal-nationalistischen Bewegung beigetragen.

Hitler hat in seiner Schrift „Mein Kampf" vieles nur zu Ende gedacht. Als Staatsmann hat er praktische Konsequenzen daraus gezogen. Die Völker befinden sich im Weltbild Hitlers im permanenten Krieg miteinander. Im Egoismus der Bürger und ihrer Konkurrenz um den nationalen Reichtum sah er eine Gefahr für den Erfolg der Nation. Alles sollte in den Dienst der Nation gestellt werden, auch das tägliche sich Durchbeißen in der Welt des Geschäfts.

Warum die Nationalsozialisten an die Macht kamen, muß man aus der innenpolitischen Situation 1932/33 und der Verfassung des Deutschen Reiches erklären. Daß es solche Bewegungen gibt und sie an die Macht kommen können, ist aber alles andere als ein bloßer Zufall. Daß sie es dann auch tun, hat etwas Zufälliges. Und es ist leider so: So etwas kann in einer bestimmten historischen Situation darüber entscheiden, ob mehrere Millionen Menschen in Gaskammern sterben oder nicht. Da spielen dann verschiedene Fragen eine Rolle. Z.B. ein Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, eine nicht gemachte Enteignung der ostelbischen Großgrundbesitzer und des rheinischen Großkapitals, das Scheitern alternativer Faschismuskonzepte (Schleicher, v. Papen etc.), der staatstragende Antikommunismus und Nationalismus von SPD und Gewerkschaften oder auch die mangelnde Begeisterung der Vorläufer von CDU/CSU und F.D.P. für die Weimarer Republik. Daß es einen Faschismus geben würde, war ab 1930 ziemlich klar, welcher es sein würde, hat sich 1932/33 herauskristallisiert.

Das beste Mittel, um eine „Machtergreifung" zu verhindern, ist es, eine solche Macht abzuschaffen. Massenmord sollte man dadurch verhindern, daß man mit Verhältnissen Schluß macht, in denen sich die Frage überhaupt stellen kann, ob Menschen umgebracht werden sollen oder nicht.

Es ist nicht zu leugnen, daß z.B. als „Deutsche" sortierte Menschen einige Gemeinsamkeiten haben: sie gehorchen derselben Obrigkeit, bezahlen mit demselben Geld und haben den gleichen Paß: alles Kennzeichen von Deutschsein, die mit „Nationalgefühl", „Volkscharakter" und „Blut" überhaupt nichts zu tun haben. Ein „deutsches Volk" gibt es also nicht, einen deutschen Staat aber leider schon, und die Zusammenfassung verschiedener Menschen auf einem bestimmten Territorium und unter ein gemeinsames Gesetz beruht nicht auf einer Befragung jedes einzelnen Menschen, sondern ist ein Sache von Herrschaft. (Ende des Exkurses)

K a l l e :
Die Vaterlandsliebe wird schon dadurch beeinträchtigt, daß man die lieben soll, die man heiratet, und nicht heiratet, die man liebt. Warum, ich möcht zuerst eine Auswahl haben. Sagen wir, man zeigt mir ein Stückel Frankreich und ein Fetzen gutes England und ein, zwei Schweizer Berge und was Norwegisches am Meer und dann deut ich drauf und sag: das nehm ich als Vaterland; dann würd ichs auch schätzen. Aber jetzt ists, wie wenn einer nichts so sehr schätzt wie den Fensterstock, aus dem er einmal herausgefallen ist.

Z i f f e l :
Das ist ein zynischer, wurzelloser Standpunkt, der gefällt mir.

(B. Brecht, Flüchtlingsgespräche)

Um zu unterscheiden, was am Nationalismus Wahn ist und was auf einen objektiven Sachverhalt geht, soll im folgenden das Verhältnis des Staates zu seinen Untertanen untersucht werden.

Der Staat ist tatsächlich eine neutrale Instanz: er ist kein Instrument von besonderen Interessen, wie es Verschwörungstheoretiker immer wieder behaupten. Am Donnerstag treffen sich nicht die großen und fiesen Kapitalisten der Republik, um die Politiker für die nächste Woche neu zu programmieren. Der Staat garantiert nämlich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln: Polizei, Militär und Justiz, also mit seinem Gewaltmonopol allen seinen Bürgern Gleichheit, Freiheit und Eigentum, was ersteinmal nach einer guten Sache klingen mag, es in einer kapitalistischen Produktionsweise jedoch nicht ist. Diese zeichnet sich nämlich u.a. dadurch aus, daß es in ihr Leute gibt, die über Eigentum verfügen, aus dessen produktiver Verwendung sie einen Profit ziehen können: sie sind Kapitalisten und unterscheiden sich von Leuten, die nicht über solches Eigentum verfügen und ihre Existenz deshalb nur sichern können, indem sie das einzige verkaufen, was sie haben, nämlich ihre Arbeitskraft: solche Leute sind Arbeiter und auf Arbeitslohn angewiesen.

Unter dieser Voraussetzung ist die Garantie der Freiheit der Person durch den Staat nichts anderes als die Herstellung der Grundbedingungen für Vertragsschlüsse: nur freie Personen können untereinander Verkaufs- und Arbeitsverträge schließen, und diese Verträge sind nur gültig, wenn sie zwischen formal gleichen Personen geschlossen werden. Auch die Gewährung von Gleichheit wird unter den oben genannten Bedingungen zu einer seltsamen und tatsächlich bloß formalen Sache: Jeder Millionär darf unter Brücken schlafen und jeder Penner eine Villa kaufen. Gerade indem der Staat von den Unterschieden seiner Bürger, d.h. von ihren unterschiedlichen ökonomischen Mitteln absieht, zementiert er den Unterschied zwischen Produktionsmittelbesitzer und Arbeiter.

Auch die Garantie des Eigentums durch den Staat verliert ihren harmlosen Charakter, wenn man bedenkt, daß es dabei nicht eigentlich um Zahnbürsten und Fernseher, sondern um Produktionsmittel geht. Eigentum an Produktionsmitteln zu haben, heißt, andere von der Verfügung über sie auszuschließen; von der Verfügung über die Produktionsmittel ausgeschlossen zu sein, heißt aber, daß einem die Mittel zur Existenzsicherung verwehrt werden.

Diejenigen, die keine Mittel haben, um das herzustellen, was sie zum Leben brauchen, werden deshalb selbst Mittel zu einem Zweck, der nicht der ihre ist. Der Kapitalist hat den Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen: Das „mehr" kommt aus der Differenz zwischen dem Neuwert, der durch die Arbeit geschaffen wird, und dem Lohn, den der Kapitalist dem Arbeiter zahlt. Damit der Kapitalist Kapitalist bleiben kann, muß er dem Prinzip der Kapitalakkumulation Genüge tun: Reichtum anhäufen, den er wiederum zur weiteren Anhäufung von Reichtum verwendet. Wer ihn daran hindern will, ist nicht der Staat, sondern sind die anderen Kapitalisten, die als solche demselben Prinzip gehorchen müssen. Jeder Kapitalist muß die Kosten der Produktion möglichst gering halten, um in der Konkurrenz bestehen zu können. Kapitalisten konkurrieren also untereinander: um Profite, Absatzmärkte und Arbeitskräfte. Auch Arbeiter sind Teil der allgemeinen Konkurrenz: sie konkurrieren untereinander um den Verkauf ihrer Arbeitskraft und unterbieten sich in ihren Lohnforderungen gegenseitig, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Die Rolle des Staates ist es nun nicht etwa, dieses Verhältnis zu verbieten; vielmehr ermöglicht er es durch die Gewährung von Freiheit, Gleichheit und Eigentum. Darüber hinaus übernimmt der Staat alle Aufgaben, die selbst keinen Gewinn abwerfen, aber zur Produktion von Reichtum notwendig sind. Dazu gehören Infrastruktur, schulische Ausbildung, medizinische Versorgung und wissenschaftliche Forschung. Mit seinem Gewaltmonopol sorgt er dafür, daß die allgemeine Konkurrenz nicht in ein großes Hauen und Stechen ausartet, das die Produktionsweise und das Konkurrenzverhältnis selbst zerstören würde: er diktiert unter Androhung von Strafe die Weisen, in denen die Leute miteinander konkurrieren dürfen.

Dies geschieht zum Beispiel, indem es den Kapitalisten untersagt wird, die Arbeitskräfte so gering zu entlohnen, daß sie massenhaft ihre Existenz nicht mehr sichern könnten. Es muß ein Mindestlohn garantiert sein, damit Arbeiter – als Mittel zur Reichtumsakkumulation – überhaupt vorhanden sind. Dem einzelnen Kapitalisten treten Arbeitsgesetze zwar als Beschränkung entgegen – für das Fortbestehen des Kapitalverhältnisses sind sie eine notwendige Bedingung. Das jeweilige Staatspersonal muß diesen Zweck der Förderung und Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses seinen individuellen Handlungen dabei gar nicht bewußt unterlegen: Es mag Politiker geben, die aus lauter Menschenfreundlichkeit Arbeitsgesetze verabschieden, aber der objektive Zweck, an dem sich ihre Handlungen messen lassen müssen, wird spätestens dann deutlich, wenn er verletzt wird: Daß die Universitäten überfüllt sind, ist nicht deshalb schlimm, weil dann lauter halbgebildete Akademiker 'rumlaufen, sondern weil der „Bildungsnotstand" einen „Standortnachteil" darstellt.

Unter den Verhältnissen der Konkurrenz brauchen die Leute also den Staat als Regulator der Konkurenz: ohne ihn würden sie totgewirtschaftet oder um ihr Eigentum, d.h. um ihre Geschäftsgrundlage gebracht werden; aber eben nur unter den Bedingungen des Privateigentums und der Konkurrenz, die ebenderselbe Staat zur einzig erlaubten Wirtschaftsweise erklärt hat. So ist der Staat Beschützer vor den Auswirkungen seiner eigenen Prinzipien.

Daß der Staat zwar kein Agent des Kapitals, aber dennoch ein „Klassenstaat" ist, indem er das Klassenverhältnis zur Geschäftsgrundlage erklärt, zeigt, daß es das „Allgemeinwohl", auf das sich z.B. Verfassungs-

patrioten so gern berufen, in einem bürgerlichen Staat nicht geben kann. Wer das nicht weiß, aber dennoch täglich den Konflikt zwischen dem eigenen Glück einerseits und den Forderungen und Ansprüchen des Staates und der Produktionsweise andererseits zu spüren kriegt, versucht auf verschiedene Weisen, sich diesen Konflikt zurechtzulegen. Alle diese Ideen laufen nicht nur darauf hinaus, daß man die Zwänge, unter die man von Staat und Kapital gesetzt wird, verleugnet, sondern sich – als Staatsfreund und Nationalist – auch noch positiv auf die Instanzen dieses Zwanges bezieht.

Sehr beliebt ist es, die Verhaltensweisen, die man an den Tag legen muß, um im Konkurrenzverhältnis bestehen zu können, in wesentliche Eigenschaften des Menschen umzuinterpretieren. Daß die Leute sich trotz ihres angeblich angeborenen Egoismus nicht gegenseitig totschlagen, ist in dieser Vorstellung dem Staat zu verdanken: In seiner Funktion als über allen Interesssen stehende neutrale Instanz erscheint er als eine Art Dienstleistungsunternehmen in Sachen eines gerechten Zusammenlebens.

Man kann aber auch aus der eigenen Abhängigkeit vom Allgemeinen eine Chance machen: Der Zwang, sich auf bestimmte Weise zu reproduzieren, wird uminterpretiert in die großzügig gewährte Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu sichern. Ausgerechnet das, wozu man gezwungen wird, erklärt man zum Resultat seines eigenen Willens. Diese Interpretation funktioniert besonders gut, wenn im Hinterkopf die Horrorszenarien der vergleichenden Regierungspropaganda spuken: Anarchie, Despotismus und Bürgerkrieg, verhungernde Kinder und „DDR-Mißwirtschaft" machen den Zwangszusammenhang zur „besten aller möglichen Welten".

Spätestens im Kindergarten wird einem anerzogen, seine Sonderinteressen nicht nur an anderen Sonderinteressen, sondern vor allem am imaginären Allgemeinwohl zu relativieren. Genau das gilt als „soziales" und moralisch einwandfreies Verhalten: nur „berechtigte" Interessen zu äußern und die Einsicht in den Nutzen der eigenen Beschränkung zu üben. Das Allgemeine, an dem alle besonderen Interessen auf ihre Berechtigung überprüft werden, wird dabei zu einer nicht weiter hinterfragbaren und bedingungslos gültigen Instanz. So sagen Studenten nicht einfach, daß sie mehr BAföG wollen, sondern versuchen ihre Forderungen damit zu legitimieren, daß es auch dem „Standort Deutschland" schaden würde, wenn sie nicht erfüllt würden. Was der „Standort" mit ihren eigenen Bedürfnissen zu tun hat, und an was für einen Staat sie ihre Forderungen stellen, darüber legen sie sich keine Rechenschaft ab.

Daß kaum ein Bürger mit „denen da oben" wirklich zufrieden ist, widerspricht all dem überhaupt nicht: Neben der grundsätzlichen Bereitschaft, sich regieren zu lassen, hat man nämlich jede Menge konstruktive Kritik an der jeweiligen „Regierungsmannschaft". Daß man diese dann sogar noch äußern darf, ist ein weiterer Pluspunkt für den Staat, den man als solchen überhaupt nicht in Frage stellen will. Die Zustimmung oder Ablehnung, die die Untertanen in einer Demokratie äußern dürfen, und die diese Herrschaftsform im Vergleich zu anderen so stabil macht, beschränkt sich auf die jeweilige Realpolitik, die von der grundsätzlichen Organisation des Gemeinwesens und „dieser unserer Verfassung" fein säuberlich getrennt wird. Und weil man nicht weiß, mit was für einem Staat und was für einer Wirtschaftsweise man es eigentlich zu tun hat, vermutet man häufig hinter dem „Versagen der Politik" nur eine inkonsequente Anwendung und Ausführung der Verfassungsgrundsätze.

Die Staatsagenten selbst versuchen ihre systematische Mißachtung des „Allgemeinwohls" häufig mit einem „Sachzwang" zu rechtfertigen, dem der Staat selbst unterstehe. Das ist in gewisser Weise gar nicht so falsch, denn er ist selbst an einer möglichst erfolgreichen nationalen Reichtumsproduktion interessiert: indem er die Bedingungen für seine Kapitalisten verbessert, fördert er seine eigene materielle Basis, die sich für ihn in wachsenden Steuerquellen ausdrückt.

Damit die Mittel des Staates nicht nur auf die durch die nationale Produktion hervorgebrachten beschränkt sind, erkennt der Staat andere Staaten als souverän an und geht mit ihnen Rechtsverhältnisse ein. Er will, daß seine Bürger den Reichtum anderer Länder nutzen, damit sie dadurch den Reichtum der eigenen Nation mehren. Dieses ist auch der Zweck der anderen Staaten, und somit findet sich hier ein weiterer Gegensatz vor: Die Konkurrenz der Staaten um den Reichtum der Welt. Nur gibt es hier keinen den Staaten übergeordneten Souverän, der die Konkurrenz beschränken würde. Deshalb gelten Rechtsverhältnisse zwischen ihnen nicht nicht, sondern werden von ihnen beachtet oder nicht. Das Verhältnis jedes Staates zu anderen Staatsgewalten beruht auf seiner interessierten Einmischung in deren Angelegenheiten zu Nutz und Frommen seiner eigenen Anliegen. Dafür hat der Staat nicht nur eine Heerschar von Diplomaten. Sondern auch einen ganzen wissenschaftlichen Apparat, mit keiner anderen Aufgabe als zu überprüfen, was der Rest der Welt so treibt, wie stark sie sind und was ihre Interessen sind und wie sich nationale Interessen gegen sie durchsetzen lassen. Denn eines wissen die regierenden Nationalisten in ihrem unbedingten Internationalismus für Deutschland auch: Der internationale Verkehr der Staaten untereinander ist ein Frage gegenseitiger Erpressung, weil der Schaden des einen, im Regelfall der Nutzen des anderen ist. Das von zwei Staatsgewalten beachtete Rechtsverhältnis ist der Regelfall, welches jederzeit durch einen Krieg neu geregelt werden kann.

An den Untertanen anderer Staatsgewalten exekutieren Staaten ihr Verhältnis zu diesen. Ein Beispiel ist der deutsch-vietnamesische Streit. Aus der Tatsache, daß hierzulande reihenweise vietnamesische Staatsbürger umgebracht werden, hat der deutsche Staat nur eins geschlossen: Die gehören noch schneller weg, als die BRD das Vietnam sowieso schon aufgenötigt hat. Vietnam hat sich beschwert, daß seine Bürger nicht sicher sind und erstmal Aufklärung dieser Morde gefordert. Das kontert die BRD mit Gelassenheit. Die beste Sorge für Vietnamesen, so die deutsche Logik seit 1992, ist die, sie aus einem Land wie der BRD schnell 'rauszubefördern. Hier werden die doch sowieso nur umgebracht. Mit Japanern und Chinesen würde die BRD sich das übrigens nicht trauen. Denn an beiden Staaten hat die BRD ein gründliches ökonomisches und politisches Interesse. Vietnam hingegen ist mit Entwicklungshilfe erpreßbar. Aber wehe, irgendein Staat würde sich erlauben, z.B. ein paar festgenommene Drogenschmuggler zum Anlaß zu nehmen, alle Deutschen auszuweisen... Die Durchschlagskraft deutscher Staatsgewalt merkt jeder, der bei Festnahmen im Ausland oder Grenzkontrollen das häßliche Greiftier, das Symbol der BRD ist, vorzeigen kann.

Der Tatsache, daß Nationalstaaten ihrem nationalen Kapital, das Eigentum ihrer Staatsbürger ist, ermöglichen, über die Grenzen hinweg Geschäfte zu betreiben, entnehmen Leute die Tendenz, daß die Nationalstaaten immer unwichtiger werden, ja sogar, daß die Staaten von den Multis bestimmt und geknechtet werden. Manche folgern aus dieser Tendenz sogar, daß dadurch auch der Nationalismus als überholte Ideologie verschwinden wird. Das Gegenteil ist der Fall:

Die Nationalstaaten sind nach wie vor souverän und haben die Macht, den Kapital- und auch den Warenexport und -import zu verbieten. Doch dafür sind die Nationalstaaten viel zu unbescheiden. Sie wollen den Handel über die Grenzen hinweg, um am Reichtum der Welt teilzuhaben. Ob das Erfolg hat, also den nationalen Reichtum steigert und damit die Potenz eines Staates, hängt davon ab, mit welchen Voraussetzungen man in den Weltmarkt einsteigt. Auch der Sachverhalt, daß ein ausländisches Kapital seinen Profit nicht reinvestiert, aus dem Land abzieht, kann für ein „Entwicklungsland" besser sein, als daß seine Bevölkerung erst gar nicht vernutzt wird.

Soweit reicht die Macht des „ohnmächtig gewordenen Nationalstaats" dann nämlich schon, daß er sein gesamtes Innenleben umkrempelt, um anlagewilligem internationalen Kapital so attraktive Angebote zu machen, wie sie andere Länder gar nicht erst hinkriegen. Um dem Standort Deutschland die Dienste des internationalen Kapitals zu sichern, werden diesem Steuern erlassen, die Lohnneben- und die Lohnhauptkosten gesenkt, die Bindewirkung der Tarifverträge aufgelöst usw. Die Armut der eigenen Bevölkerung ist die Waffe der Nation im internationalen Kampf um ihren Reichtum. Selten hat sich die kapitalistische Gesellschaft so offen zu ihrer imperialistischen Qualität bekannt: Der deutsche Wirtschafts-Standort, heißt es, kann nur überleben, wenn „wir" Sieger in der Standortkonkurrenz bleiben; d.h. die produktiven Anstrengungen anderer nationaler Standorte zunichte machen. Deutsche Arbeiter sollen ihre Existenz auf diesen Sieg gründen. Damit sie Arbeitsplätze und Lohn bekommen können, müssen sie so produktiv und billig arbeiten, daß sie dem Kapital im Resultat billiger zu stehen kommen als jeder Hungerleider aus der Dritten Welt. Das Glück, von kapitalistischer Benutzung leben zu dürfen, verdienen sie sich erstens dadurch, daß sie immer schlechter davon leben und zweitens dadurch, daß sie mit ihrer Leistung und Verzichtsbereitschaft Menschen in anderen Ländern, die ebenfalls auf Arbeitsplätze angewiesen sind, aus dem Rennen werfen und brotlos machen.

Zur Entschuldigung all der Beschwerlichkeiten, die man als aufrechter Politiker den Leuten klar machen muß, wird der Sachzwang angeführt. Am diesem ist so viel wahr, daß die Bemühungen der anderen Staaten als sachliche Voraussetzungen in den Kalkulationen der Politiker auftauchen. Nur, sie sind selbst an der Herstellung dieser Voraussetzung gegenüber anderen Staaten beteiligt. Über der allgemeinen Konkurrenz der Staaten gibt es keinen Zwang und die Konkurrenz ist abschaffbar. Selbstverständlich nicht durch eine andere Politik. Um Mißverständnisse zu vermeiden. In Beschränkung einer Politik auf den Reichtum, der innerhalb der Grenzen gegeben ist, bleibt die Bevölkerung Material für die Produktion eines nationalen Reichtums, und Mittel für diesen Zweck zu sein garantiert den betroffenen Individuen nichts.

Damit sind wir bei der Wahrheit des Nationalismus: Solange einer nur braver Untertan und fleißiger Lohnsklave sein will, hat er guten Grund, seiner Nation und seinem Arbeitgeber feste die Daumen zu drücken. Er ist geradezu darauf verwiesen, sich den nationalen Erfolg und den Erfolg des Kapitals zum Maßstab seines Handelns zu machen. Und das nicht obwohl, sondern weil er nur eine abhängige Variable ist, gerade weil seine Lebenshaltung als lästiger Kostenfaktor zu Buche schlägt. Der Schaden ist bei der Sache garantiert. Der Erfolg der eigenen Nation und des eigenen Kapitalisten führt nicht zu einem Leben in Luxus und Wohlstand, ja ist noch nicht mal Garantie für das Recht, durch Lohnarbeit sein Leben zu fristen. Aber der Mißerfolg der Nation garantiert einiges an Beschwerlichkeiten mehr. Das ist das Zweckrationale an der Verrücktheit, sich in der Welt, wie sie ist, einzurichten und „das Beste draus zu machen." – So zu handeln, daß sich an der Welt etwas Wesentliches zum Besseren verändert, würde demgegenüber die Einsicht voraussetzen, daß Staat und Kapital sich abschaffen lassen.

Junge Linke Hannover

Anzeigen

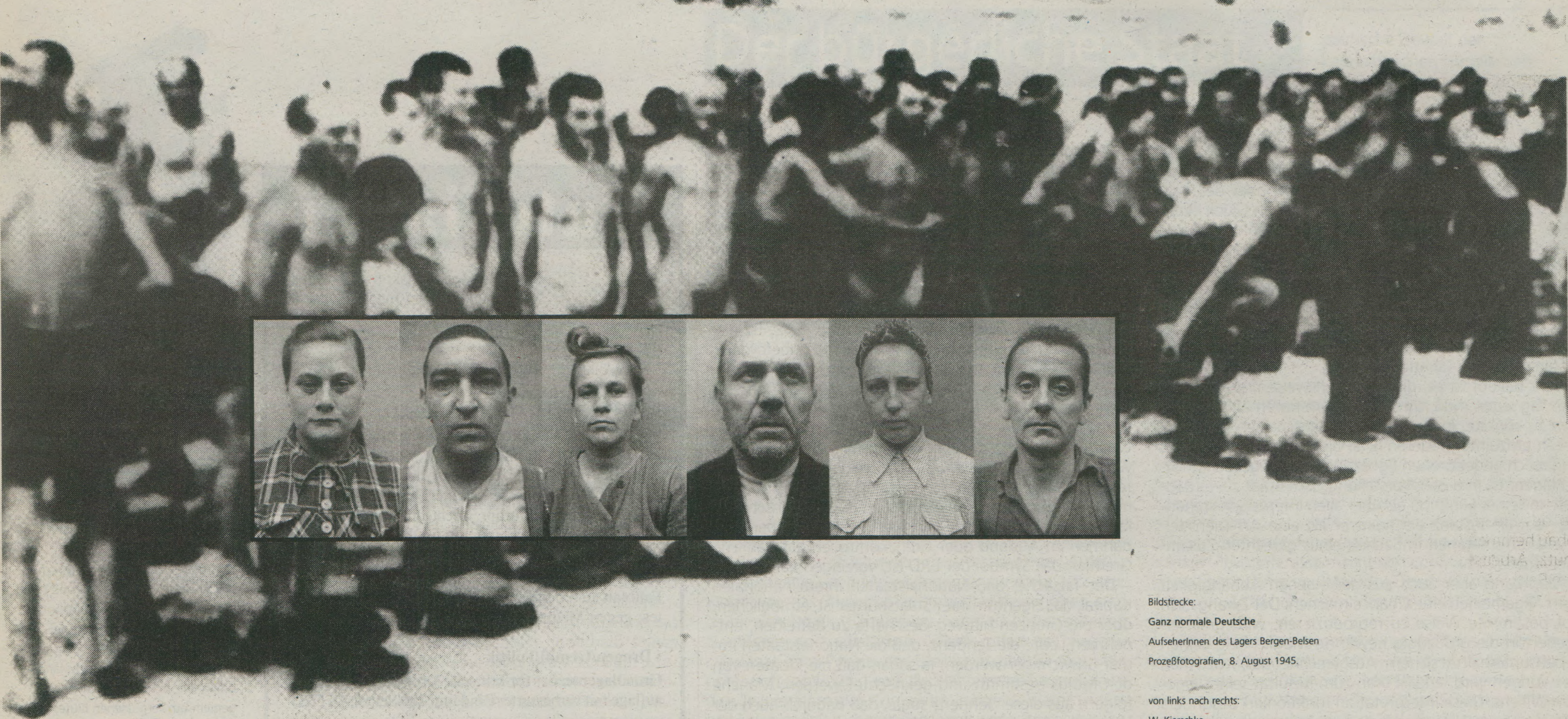
AG-Ankündigung:

Jugoslawien: Ein Glücksfall für Deutschland

Mit der kapitalen Einverleibung des roten Ostens samt Ablegern in die freie Welt ist das Phantom der 'international community' auf den Plan getreten – als Subjekt und Farce des liberalen common sense, der immer genau weiß, was unter gegebenen Bedingungen vernünftig ist. Auch Großdeutschland durfte dort nun wieder mitspielen und tat das wirkungsvoll mit der Anerkennung separatistischer Teilrepubliken Jugoslawiens. Während sich stilbewußte Diplomaten anderer Länder über völkerrechtliche Konsequenzen den Kopf zerbrachen, bekamen sie von Genscher und Kohl vorgeführt, daß auch das Völkerrecht ein Gewaltverhältnis bezeichnet. Auch Grüne und andere Freunde freier Völker ließen sich nicht lange bitten, die archaischen Bande des gemeinsam vergossenen Blutes – deutsches wie kroatisches – als Grundlage wahrer Nationalität anzuerkennen gegen die widernatürliche Verknastung ganzer Völker in Gefängnissen anspruchsweise rationaler Gemeinschaftlichkeit (UDSSR, Südslawien etc.).

Gleichzeitig ist die bandenmäßig organisierte innere Zerlegung Jugoslawiens ein Lehrstück über die Durchschlagskraft marktvermittelter gesellschaftlicher Reproduktion: ausgerechnet der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus, Lieblingskind westeuropäischer SozialistInnen, sorgte mit seinen 'Marktelementen', dem betrieblichen Zugriff auf Überschüsse (bzw. dessen Ausbleiben bei deren Ausbleiben), in einer heterogen strukturierten Ökonomie für entsprechend heterogene Reichtumsverteilung. Ein Umstand, der den BewohnerInnen der exportorientierten (reicheren) Nordrepubliken Jugoslawiens wie natürlich erscheinen mußte – weshalb sie auch jene, die von 'ihren' Ausgleichszahlungen lebten (weil sie keine 1000 Kilometer Adriaküste zu bewirtschaften hatten und die von Deutschen zerstörten Industrieanlagen erst wieder aufbauen mußten) zu Schmarotzern naturalisierten und als schmarotzende Ethnien loswerden wollten. Was diese Menschen, dergestalt ethnisiert, sich nicht bieten ließen.

Felix Fiedler



Bildstrecke:

Ganz normale Deutsche

AufseherInnen des Lagers Bergen-Belsen

Prozeßfotografien, 8. August 1945.

von links nach rechts:

W. Kierschke

Walter Otto

Elisabeth Volkenrath

Fritz Matthes

Frieda Walter

Josef Klippel

aus: Caiger-Smith, M. (ed.): The Face of the Enemy – British Photographers in Germany 1944-1952, Nishen, London 1988

Macht Auschwitz Sinn?

Über die vergebliche linke Suche nach dem Nutzenkalkül in der Vernichtung

AG-Ankündigung:

War Auschwitz der Zivilisationsbruch?

„Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe."
Adorno, Negative Dialektik, S. 358

Vom „Zivilisationsbruch Auschwitz" ist oft die Rede, wenn Auschwitz aus dem guten und ewigen Fortschritt der Menschheit verbannt werden soll. Auschwitz wird so zum Ausrutscher, der sich ohne Frage nie wiederholen wird. Oder es wird gar zur „deutschen Katastrophe" (Meinecke), so ganz anders als das übliche Verhalten des Volkes der Dichter und Denker. Denkt man an solches Gerede, kann man es nur kritisieren. Und doch hat die Rede vom Zivilisationsbruch auch Recht. Wird von ihr doch bezeichnet, daß Auschwitz nicht nur mit nichts vorher Dagewesenem vergleichbar ist, sondern auch, daß alles Handeln danach von ihm bestimmt wird. Davon handelt Adornos Erweiterung des kantschen Imperativs. Um diese Momente der Zivilisationsbruch-hypothese zu klären, wird es diese AG geben.

Kerstin Stakemeyer, Christiane Ketteler, Tobias Blanke

Literaturhinweis zur AG 'Macht Auschwitz Sinn?':

Uli Krug, „Ewiges Rätsel Auschwitz", in: Bahamas 25 / 1998, Bezug für DM 7,50 über Pf. 62 06 28, 10796 Berlin

„Hinter dem Faschismus steht das Kapital" lautet einer jener Evergreens unter den Demosprüchen, skandiert zum Triumphe über den bürgerlichen 'hilflosen Antifaschismus'. Während dieser nur ungläubig auf den braunen Spuk starre, wisse die linke Gemeinde, an die Wurzel des Übels gehend, auch, wem er sich zu verdanken hat und ergo ebenso, wie er einzig effektiv zu bekämpfen sei: so lautet wohl die Quintessenz des Skandierten. Was aber so ähnlich daherkommt wie das berühmte Horkheimersche Diktum, „wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen", verfehlt dessen Gehalt dennoch ums Ganze. Denn wer im Profitieren an faschistischer Gewalt auch schon dessen Erklärung begründet findet, bringt nicht nur den Faschismus aufs Ensemble menschlich-allzumenschlicher Machenschaften von profitsüchtigen Kapitalisten runter, sondern offenbart zugleich einen eklatanten Mangel, was den Begriff vom Kapitalismus selbst betrifft.

Die Frage nach dem, welchen Nutzen die Vernichtung der europäischen Juden eigentlich hätte haben sollen, treibt selbstverständlich nicht bloß Linke um. Bloß ist für die anderen die Antwort schnell gegeben: Wer gewöhnt ist, eine Handlung zum Wohle der Nation als nützlich zu begreifen, wird nicht zögern, Auschwitz als sinnloses, weil nicht kriegswichtiges, ergo also wahnsinniges Projekt zu begreifen, das daher – und das ist der Clou – nichts mit (deutschem) Volk und Vaterland zu tun haben kann. Ja, hätte man die Juden, statt sie zu vergasen, am Ural Schützengräben ausheben lassen, dann... resümierte Ulrike Meinhof sinngemäß die Überlegungen deutscher Konservativer, wie aus Hitler doch noch ein großer Staatsmann hätte werden können. Demgegenüber haben Linke immer (und zurecht) darauf beharrt, daß der Nationalsozialismus keinesfalls aus dem Kontinuum der kapitalistischen Geschichte herausfalle. Zugleich sollte, und da fing das ganze Elend auch schon an, mit diesem Befund Politik zu machen sein; und Politik machen hieß auf Seiten der Linken geschichtlich immer, mit dem Staat und einer sozialistischen Regierung, die endlich die Interessen der Mehrheit vertrete, gegen die Kapitalistenklasse vorzugehen. Folgerichtig reduzierte sich die linke Erklärung des Nationalsozialismus aufs Aufspüren, wie der faschistische Staat die Einzelinteressen der Bourgeoisie bedient hatte: Ganz im Sinne der berüchtigten Dimitroff-Definition von 1935, der Faschismus sei die brutalste Diktatur der am meisten reaktionären Elemente des Finanzkapitals gewesen, wurde das Wesen des Nazismus in der Summe aus imperialistischer Expansion und verschärfter Unterdrückung der Institutionen der ArbeiterInnenbewegung gesehen. Daß manche parteikommunistische und sozialdemokratische, aber auch neulinke Kritik (nach '68) gefährlich nah am kritisierten Faschismus lag – auch dieser hatte schließlich gegen egoistische Einzelinteressen heftig polemisiert und im Namen von Staat und Rasse dem einen oder anderen Kapitalisten Daumenschrauben, was seine Bereicherungsfreiheit anbelangt, angelegt –, schreckte da wenig: Entsprechende Verlautbarungen wurden als bloße Demagogie abgetan. Vor allem aber durfte in der Analyse des Nationalsozialismus eins nicht vorkommen: die Judenvernichtung. Nicht nur war an dieser so wenig Profitinteresse ablesbar, auch das Subjekt, auf das man sich politisch berief als Garant der strahlenden Zukunft, die deutsche ArbeiterInnenklasse, wäre, hätte man genauer hinschauen müssen, wohl kaum in allzugutem Licht erschienen. Denn so weit hatten die Nazis ihre Volksgemeinschaftsideologie wahr gemacht, daß gegen den jüdischen Feind das klassenübergreifende Kollektiv tatsächlich sich zusammengefunden hatte. So ergab sich die Situation, daß wenn von rechts überhaupt mal etwas zum deutschen Faschismus zu hören war, Auschwitz kontextlos allein als Insignium sinnloser, vaterlandsschädigender, schlicht wahnsinniger Politik thematisiert wurde. Und von der Linken alles andere, bloß nicht Auschwitz (allenfalls als Beispiel für ein Ablenkungsmanöver vom eigentlich Relevanten, der Unterjochung deutscher und fremdländischer Arbeiter).

Diese Lücke schließen und die Interessen der Eliten auch am Judenmord nachweisen zu können, reklamierten zu Beginn der 90er Jahre die HistorikerInnen Götz Aly und Susanne Heim, deren Buch „Vordenker der Vernichtung" in der Linken, vor allem der Autonomen, breit rezipiert wurde. Laut Aly/Heim war der Holocaust als bevölkerungspolitisches Projekt zu verstehen, das die Zahl der „unnützen Esser" in den besetzten Gebieten auf ein technokratisch ausgetüfteltes Maß senken sollte und das sich zur Auswahl der zu Dezimierenden bei traditionellen Rassismen, zu denen sie den Antisemitismus zählen, bediente, ohne doch durch sie motiviert worden zu sein. Ziel der Aktion wäre die Modernisierung des europäischen Ostens gewesen, d.h. die Umwandlung eines agrarischen und niedrigindustrialisierten Raumes in eine kapitalproduktive Region, ohne die bei dieser Modernisierung freigesetzten Arbeitskräfte versorgen zu müssen; Analogien zu anderen Maßnahmen staatlicher Bevölkerungsverwaltung durchaus beabsichtigt. Ihre Beschreibung der Geburt der Barbarei aus der bürokratischen Effizienz ermöglichte so eine Korrektur des linken Blikkes auf den Staat: Suchten traditionell die Linken in ihm die Interessen einzelner, mächtiger Kapitalisten am Werke, um ihn kritisieren zu können, nehmen Aly und Heim ihn ins Visier als jene Institution, die sich die Interessen des Kapitals zu eigen macht, daß weiterhin die gesellschaftlichen Bedingungen gegeben sein mögen, daß aus Geld mehr Geld werde – ganz unabhängig von dem, was einzelne Kapitalisten für Interessen mit ihrem Geld haben mögen.

Allerdings wurde dieser Fortschritt damit erkauft, die Gespaltenheit des Blicks auf Auschwitz fortzuschreiben: ob es nun wahnsinnig oder zweckmäßig gewesen sei. Aly/Heim entschieden sich für die zweite Lesart und müssen daher, im Ansinnen, die Barbarei zwar als abzulehnendes, aber doch als nachvollziehbares Mittel zu einem ebenso zwar abzulehnenden, aber doch verstehbaren Zweck zu präsentieren, alles außen vor lassen, was der abgeklärten Kalkulation der Planer der Vernichtung selbst äußerlich zu sein scheint: die antisemitische Leidenschaft des Volkes. Die massenhafte Bereitschaft zur Vernichtung findet bei Aly/Heim, ganz traditionsgemäß, genausowenig Erwähnung wie die Gründe, warum die Wahl auf die Juden fiel. Mag es auch Technokraten gegeben haben, die den verbreiteten Antisemitismus ausgenutzt haben, dessen Verbreitung – denn nicht alle können bloß Nutznießer des von ihnen selbst nicht geteilten Judenhasses gewesen sein – wird bloß vorausgesetzt, obwohl doch gerade an diesem Skandalon der bürgerlichen Vernunft die Kritik anzusetzen hätte. Statt Erklärungen aber werden, wenn überhaupt, nur die notdürftigen Rationalisierungen der Täter selbst angeführt: die Armut der Ostjuden, deren Tätigkeit in wenig kapitalproduktiven Branchen etc.; also alle Versuche, der Gruppe der Juden das Besondere abzutrotzen, das an ihr nicht zu finden ist. Auf den gesunden Menschenverstand, dem sie den Massenmord kommensurabel zu machen versuchen, müssen sie in der Beschreibung des Täterbewußtseins zurückgreifen, wenn sie dessen Zustimmung zum Massenmord begründen wollen: als Kalkulation auf Anteil an der Beute bzw. dem Mehrprodukt, das an die Juden nicht mehr verteilt zu werden braucht. Entgehen tut ihnen dabei aber das Naheliegende, wie gerade jener gesunde Menschenverstand, dem sie sich mit ihrem Erklärungsversuch annähern, zur Barbarei taugt.

Denn selbst einmal vorausgesetzt, die ganze Motivation zum Judenmord hätte sich aus dem Wunsch gespeist, die unnützen Esser in den Ostgebieten möglichst effektiv zu dezimieren, so ist doch nicht erklärt, warum der kalkulierende Mörder, der sich den Kopf zerbricht, wie das Problem der durch Kapitalinvestitionen freigesetzten Überbevölkerung am effektivsten zu lösen ist, nicht auf die vernünftige Lösung kommt, in der eingesparten menschlichen Arbeit einen Fortschritt für alle zu sehen. Selbst einmal vorausgesetzt, die Bevölkerung des Deutschen Reiches hätte gegen die als kapitalunproduktiv freigesetzten (und damit zum Verhungern oder zur Gnade freigegebenen) Menschengruppen bloß das eherne Konkurrenzgesetz aktiv umgesetzt, sie also aus hygienischen Gründen schnell getötet statt langsam sterben zu lassen, so ist nicht nachzuvollziehen, warum sie sich dafür entschieden, mit den Juden statt mit dem Konkurrenzgesetz Schluß zu machen. Die Erklärung von Verhältnissen als sinnvoll, deren Sinnlosigkeit im Faschismus zur vollen Evidenz entfaltet ist, läßt sich nicht vernünftig nachvollziehen; und gerade insofern ist die Willkür in der Auswahl der Opfer und die zu keinem persönlichen Nutzen erfolgte Opferung der adäquate Ausdruck eines an sich selbst irre gewordenen Kalküls aufs optimale Mittel zu einem Zweck, den man nur noch polemisch als den des Kapitals – und keines einzelnen Menschen mehr – benennen kann. Denn der Zweck allen menschlichen Handels, als Anhängsel des gesellschaftlichen Zwangsverhältnisses des Kapitals aus Geld per Verausgabung von Arbeit mehr Geld zu machen, läßt sich nicht begründen, sondern nur denunzieren; und dem Beschluß, den Zwang nicht zu brechen, sondern unverbrämt walten zu lassen und sich ihn als Naturzwang anzueignen, also Rasse zu werden, läßt sich in keine wie auch immer geartete Zweck-Mittel-Bestimmung überführen. Denn diese setzt einen Rest von Vernunft auch am Zweck voraus, ohne den die Unterscheidung keinen Sinn macht. Der gesunde Menschenverstand, das instrumentelle Kalkül der Ware-Geld-Monade und des Staatsbürgers, ist in seinem scheinbaren Gegenteil, der völkischen Raserei, bestens aufgehoben.

Lars Quadfasel

Neo Neo Neo

Neo

Das Gemecker linker StaatsbürgerInnen...

... über Neoliberalismus & Co. ist auf jeden Fall eins: eine Methode, sich Kapitalismuskritik zu ersparen.

Seit Mitte der 80er Jahre hat die Linke einen neuen Feind: den Neoliberalismus. Was das genau ist, das wissen oft auch die, die voll dagegen sind, nicht so genau.

Angefangen hat das Elend mit den Wahlsiegen Ronald Reagans und Margaret Thatchers in den USA und Großbritanien 1979. Neben mehr Militär, mehr Polizei, mehr Nationalstolz und mehr christlicher Moral versprachen beide vor allem eins: Mehr Markt. Weniger Sozialleistungen des Staates für seine BürgerInnen, Privatisierung, Abbau hemmender Vorschriften für das Kapital (Umweltschutz, Arbeitsschutz), Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von 'unten' nach 'oben' z.B. durch Steuerreformen. Die ehemaligen Kolonien Europas mußten sich, wenn sie Kredite haben wollten, den berühmten IWF-Kriterien unterwerfen: Privatisierung, Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Verzicht auf Zölle, Einfuhrverbote u.a. Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Industrie.

Das hatte die bekannten Folgen: Wirtschaftswachstum gekoppelt mit Elend und Armut. Also ein Erfolg auf der ganzen Linie. Denn darum ist es ja gegangen.

Seit Anfang der 90er Jahre scheint alles noch härter zu werden: Mit „Globalisierung" und „Standort" auf der Fahne vergreifen sich, so die linksgestrickte Wahrnehmung, die bösen Neoliberalen an den letzten Überresten der sozialstaatlichen Demokratie. Seit der Kapitalismus über den Realsozialismus gesiegt hat, kennt er gar kein Halten mehr. Anstatt in die materielle Produktion zu investieren, wird nur noch spekuliert, und die 'Nieten in Nadelstreifen' entlassen wegen der 'shareholder values' dauernd ihre ArbeitnehmerInnen. Das ist ganz schön kurzsichtig, weil irgendwann keine/r mehr übrig bleibt, überhaupt noch Sachen zu kaufen. und außerdem produziert das alles Gewalt, Perspektivenlosigkeit, Rechtsextremismus und alles andere Schlimme auch irgendwie. Die Politiker sind nur noch Erfüllungsgehilfen der großen multinationalen Konzerne, weswegen der Staat wieder in die Hände von Leuten kommen solle, die „gesellschaftliche Verantwortung" übernehmen wollen.

Damit ist einiges behauptet:

1.) Der Sozialstaat ist nicht ein funktionales Erfordernis kapitalistischer Staaten, sondern ist ein Produkt von Kämpfen und ein Zugeständnis an die, die ihn (potentiell) brauchen – also auf jeden Fall „gut".

2.) Kapitalistische Staaten sind nicht Anwälte des Wachstums ihres nationalen Reichtums, weswegen sie ihren LieblingsbürgerInnen gute Bedingungen schaffen, aus Geld mehr Geld zu machen, sondern eigentlich der Schutz der Armen und Schwachen vor den Raffkes.

3.) Wenn viel Geld unterwegs ist, dann ist das nicht der Kreditüberbau, den Investitionen angesichts der technischen Entwicklung brauchen – sondern da gibt es die bodenständigen Unternehmer, die produzieren und Arbeitsplätze schaffen wollen, und die fiesen Finanzer, denen es nur um den Gewinn geht, und die damit nicht nur Menschen, sondern gleich ganze Regionen (besonders böse!) zugrunde richten.

Was einem alles nicht paßt, ist nicht das Problem, das mensch mit dieser Gesellschaft hat. Sondern es ist ein Problem der Gesellschaft, für das dann Lösungen gesucht werden, am besten gemeinsame.

Was davon stimmt, läßt sich nachprüfen.

Die dümmste Lüge ist, der Staat ziehe sich zurück. Märkte fallen nicht vom Himmel, ohne Staat gibt es die gar nicht. Darum haben wir es auch nicht mit einem Verschwinden des Staates aus bisher hoheitlich von ihm verwalteten Bereichen zu tun. „So kann generell von einem 'Rückzug' des Staates aus der Gesellschaft keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle materieller Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden"[1]. Wenn ein Staat seinen Kapitalien optimale Verwertungsbedingungen schafft,tut er nämlich alles andere, als 'sich' aus 'Verantwortung' zurückzuziehen – sondern ordnet bestimmte Formen des gesellschaftlichen Lebens neu. Der Sozialstaat war schon immer dazu da, Armut und Arbeit so zu organisieren, daß das Geschäftemachen vernünftig weitergeht. Denn kapitalistische Nationalstaaten waren noch nie zu groß geratene Pfadfinderorganisationen. Schon immer ist es ihnen um das Wachstum des nationalen Reichtums gegangen. Dafür haben sie in der Vergangenheit mal mehr und mal weniger direkt in die Wirtschaft eingegriffen.

Wer nun eine neue Epoche ausruft, ist genauso auf dem falschen Dampfer, wie diejenigen, die uns bislang etwas über „Spätkapitalismus" oder „Fordismus" bzw. „Toyotismus" oder „globalisierten Turbokapitalismus" erzählen wollen. Hiner diesen schönen Differenzierungen steckt nämlich der Glaube – mehr ist das leider nicht – der Kapitalismus sei auch mit weniger Leichen und Armut zu haben. Das wäre schön. Stimmt aber leider nicht.

Eulalia d'Hibou

[1] Hirsch, J.: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1996, S. 113

Befreiungsnationalismus:



Zwischen nationaler Befreiung, Mythos der Nation und Ahnentum des nationalen Widerstandes: Marlon Brando als Zapata in: Viva Zapata, Hollywood 1952

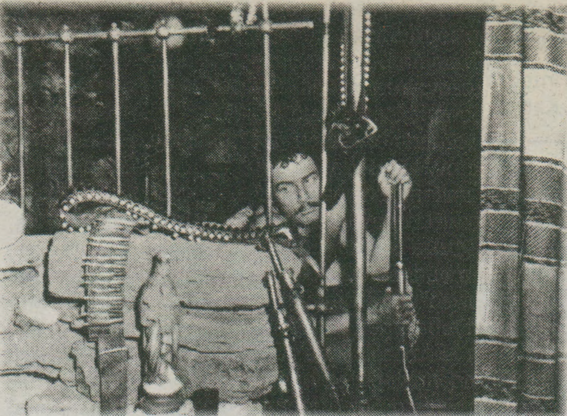
Die 'Neue Linke' enstand in den 60er Jahren, in einer Zeit, als die Umwandlung der europäischen Kolonien in Asien und Afrika in selbständige Nationalstaaten noch nicht abgeschlossen war und – vor allem in Lateinamerika – nationale Befreiungsbewegungen gegen die imperialistische Unterjochung ihrer Staaten durch die Metropolen kämpften. Che Guevara wurde zur beliebten Ikone, die Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien '67 in Berlin endete mit blutigen Krawallen, gegen den Vietnamkrieg gingen hunderttausende auf die Straßen. Antiimperialismus und (nationale) Befreiungsbewegungen wurden für die Linke zu einem zentralen Thema, Internationalismus wurde groß geschrieben.

Genau diese Ex-Linken, die damals Waffen für Guerillagruppen sammelten, zum Ernteeinsatz nach Cuba flogen, kurdischen Volkstanz lernten, Multikulti liebten und sich für die unterdrückten und ausgebeuteten Völker in aller Welt einsetzten, befürworten heute den Bosnieneinsatz der Bundeswehr und fühlen sich von Kreuzberg bis ins Bremer Ostertorviertel 'überfremdet' von all den Schwarzen ("Alles Dealer!") und anderen AusländerInnen, die frecherweise vor ihrer Haustür rumlungern. Diese Umkehr ist allerdings kein Bruch, sondern bahnte sich in der Begeisterung für nationale Befreiungsbewegungen und internationalistische „Völkerfreundschaft" schon an.

„Befreite" Nationen

„Die wirkliche und wachsende Kraft der Befreiung bestand in dem Groll gegen die Eroberer, Herrscher und Ausbeuter, die zufälligerweise an ihrer Hautfarbe, Kleidung und ihren Gewohnheiten als Ausländer kenntlich waren." (Eric Hobsbawm, 1990)

Noch während der Wirren der sowjetischen Revolution veränderte die Kommunistische Internationale unter Federführung Lenins den Aufruf des Kommunistischen Manifestes („Proletarier aller Länder, vereinigt euch!") ohne Not oder theoretische Rechtfertigung in: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" Denn für Lenin, für den die 150 Jahre zuvor begonnene Aufteilung der Menschheit in Völker kein Problem zu



sein schien, gab es zwei Arten von Völkern: unterdrückte und imperialistische. Für die unterdrückten Völker galt, sich aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Metropolen zu befreien. Damit hatte das Konzept „nationale Befreiung" auch auf der Linken Einzug gehalten.

Die vorwiegend marxistisch-leninistische Linke nach dem 2. Weltkrieg folgte dem: „ (...) die Geschichte der Unterentwicklung ist ein Kapitel der Entwicklung des Weltkapitalismus. Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: den der Imperialisten und ihrer enheimischen Aufseher." Denn „die Region steht weiter im Dienste fremder Bedürfnisse als Lieferant und Reservequelle der Rohstoffe und der Nahrungsmittel für die reichen Länder, die an ihrem Konsum weitaus mehr als Lateinamerika an ihrer Erzeugung verdienen."[1]

Das Konzept, das dagegen aufgefahren wurde, war das der nationalen Befreiung. Der Staat mußt in die Hände wirklicher, marxistischer Patrioten – die ihr „Volk" liebten – gebracht werden, um ihn aus den imperialistischen Fesseln zu befreien und eine nationale Reichtumsproduktion in Gang zu bringen, die der Bevölkerung zu gute kommen sollte. Die Wirklichkeit der „befreiten" Nationen stellte sich aber sehr anders dar.

Die neuen, oftmals sozialistischen Staaten sahen sich vor die Probleme gestellt, die ein kapitalistischer Weltmarkt mit sich bringt. Wollten sie in der internationalen Staatenkonkurrenz bestehen, mußten sie Reichtum akkumulieren, um einerseits im imperialistischen Gerangel sich behaupten zu können (und sei es nur defensiv, z.B. in der Abwehr der US-unterstützten Contras in Nicaragua) und andererseits um für den Weltmarkt konkurrenzfähige Produkte herzustellen oder auch nur welche kaufen zu können. Wer dies versucht, erkennt damit zugleich das Prinzip an, dem zufolge die eigene Bevölkerung als Mittel der Produktion nationalen Reichtums anzuwenden ist. Sie muß unterworfen, geschult und diszipliniert werden, um sie diesem Zweck gefügig zu machen. So entwickeln sich die meisten „sozialistischen" Staaten auch recht schnell zu Entwicklungsdiktaturen, die heute mit niedrigen Lohnkosten Investoren anlokken (etwa Vietnam oder die Sonderwirtschaftszonen der VR China), weil sie selbst zu wenig Kapital besitzen. Mit Befreiung hat das nichts mehr zu tun.

Volkskörper

Die Linke verstand nicht, daß Nationalstaaten eine adäquate Form der Herrschaft des Kapitals sind und unabhängig vom Wollen des regierenden Bedienungspersonals dazu gezwungen sind, die Herrschaft des Kapitals (als abstraktes Prinzip) gegen die Bevölkerung durchzusetzen. So teilte sie die Staaten wiederum in gute (angeblich sozialistische, die eine „Politik für das Volk" machen) und böse (kapitalistische, die von den KapitalistInnen beherrscht und benutzt werden) ein. In den „guten" Staaten war es legitim, sich dem als allgemeinen Willen vorgestellten Ordnungsganzen unterzuordnen, individuelle Interessen zu suspendieren; denn der Staat agierte angeblich im Interesse aller. Das ist eine aus dem Nationalismus bekannte Konstruktion: eigene Interessen werden denen des Kollektivs untergeordnet, weil nicht ein eigener Wille das die Menschen wesenhaft bestimmende sei, sondern deren „Volkscharakter" und natürliche Eingebundenheit ins völkische Kollektiv.

Gerade die westdeutsche Linke, die sich wegen des deutschen Faschismus nicht mehr ungebrochen positiv auf das deutsche Vok beziehen konnte, fand hier eine Projektionsfläche für die Sehnsucht nach der Einordnung ins völkische Kollektiv. Und da der marxistisch-leninistische Antiimperialismus davon ausging, daß es verschiedene Völker mit jeweils spezifischem Charakter gebe – denn nur so ist das „internationalistische" zu verstehen, das nicht die Auflösung sogenannter nationaler Identitäten will, wie mensch sie noch bei Marx herauslesen kann, sondern Völker voraussetzt, zwischen denen dann aber Frieden und Solidarität herrschen sollen – landete die Linke konsequenterweise beim Nationalismus. So ist z.B. zu verstehen, warum z.B. die Argumente der Standortdebatte bei vielen ehemals revolutionären Linken auf offene Ohren stießen oder warum sich noch immer positiv auf die kurdische PKK bezogen wird, obwohl diese nurmehr nationalistisch ist[2]. Die Affinität zwischen Einordnung in den Volkskörper und Unterordnung unter das staatssozialistische oder bürgerlich-demokratische „Allgemeinwohl" liegt auf der Hand.

Helfen tut dagegen nur die radikale Kritik von Staat, Nation und Kapital und das Streiten gegen alle Verhältnisse, in denen es Menschen beschissen geht.

Samson Raffgeier

[1] Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas, S. 10f; Peter Hammer Verlag Wuppertal, 1978 – ein Klassiker der antiimperialistischen Literatur, der in Lateinamerika, aber auch in Deutschland viel gelesen wurde.

[2] Daß es weiterhin sinnvoll ist, gegen die rassistische Diskriminierung und kriminalisierung von KurdInnen und PKK zu kämpfen, soll hier nicht angefochten werden.

Impressum:

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland - Sonderausgabe der Zeitung Tendenz der JungdemokratInnen -Jungen Linken (Bundesverband und Landesverbände) in Zusammenarbeit mit der Jungen Linken Hannover.

Herausgeberin:
JungdemokratInnen–Junge Linke
(Bundesverband)
Pappelallee 9, 10437 Berlin,
Tel.: 030 / 44 02 48-64, Fax -66.

Spendenkonto: Nr. 19 000 447,
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Redaktion: Autorenkollektiv der Jungen Linken Hannover und viele andere

V.i.S.d.P.: Lambert Heller
Gestaltung: Felix Fiedler
Druck: Caro-Druck, Frankfurt
Auflage: 20.000 (Juni 1998)

Der bürgerliche Staat

politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft



Repräsentant des staatlichen Gewaltmonopols – auch er muß sich an die Gesetze halten. Sein Oberlippenbart ist da vollkommen d'accord.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."
(Art. 20, GG)

Auf diesen Satz legen die Verfassungen bürgerlicher Staaten größten Wert. Sie grenzen sich ab von persönlicher Herrschaft, von einem Staatsapparat, der einzig dazu da ist, das Gemeinwesen, über das er gebietet, ökonomisch für die Privatinteressen der Herrschenden nutzbar zu machen, sich Reichtum zur eigenen Wohlfahrt abzupressen. Daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, heißt eben, daß sie seinem politischen Willen exklusiv entsprechen soll. Das Merkwürdige an diesem Programm ist: Die Staatsgewalt wird, obwohl sie ja vom Volke ausgeht, von ihm unterschieden, so daß sich die Annahme der Identität beider Seiten verbietet. Obwohl die Staatsgewalt „vom Volke ausgeht" ist der Gegenstand ihres Wirkens einzig das Volk selbst. Volkes Wille entsprechen und das Volk der staatlichen Herrschaft unterwerfen sind für den Staat Seiten ein und derselben Medaille!

Was ist es nun, das der Staat seinen Bürgern aufherrscht? – Er sorgt dafür, daß die Einzelnen die Verfolgung ihrer Interessen dahingehend einschränken, daß die Freiheit der Person und das Eigentum der Mitmenschen nicht angetastet werden. Diese Beschränkung gilt für alle Staatsbürger gleichermaßen. Innerhalb seines Volkes kennt der Staat keine Unterschiede. Dem Umstand, daß der Staat die Freiheit der Person und das Eigentum zu Schutzobjekten seiner Herrschaft erklärt, läßt sich entnehmen, daß er über eine Gesellschaft gebietet, in der die Realisierung der jeweiligen Privatinteressen der Menschen notwendig zu Lasten der jeweils anderen Privatinteressen geht. Nur dort, wo die Mißachtung von solcherlei Regeln an der Tagesordnung ist, bedarf es einer Gewalt, die ihre Beachtung erzwingt.

Der Ort der Kollision der Privatinteressen wie der Bewährung des Schutzes von Person und Eigentum ist die ökonomische Konkurrenz. Hier wird klar, was es heißt, das Eigentum zu respektieren: Nur derjenige darf sich die Resultate der gesellschaftlichen Produktion zunutze machen, der die staatliche Garantie von Person und Eigentum dabei in Rechnung stellt: Er darf sich des Eigentums eines anderen nur bedienen, wenn er dafür dessen Einwilligung vorweisen kann. Ebenso ist die Inanspruchnahme der Dienste einer Person an deren Freiwilligkeit gekoppelt. So finden sich zwei verschiedene Weisen, auf die man in der der Staatsgewalt unterworfenen kapitalistischen Gesellschaft sein Dasein fristen kann: Entweder man verfügt über ein Eigentum, aus dessen Gebrauch ein Überschuß an Geld resultiert, kann sich also als Kapitalist betätigen, dem es gelingt, einen Profit zu realisieren. Oder man verfügt über kein Eigentum oder nur über solches, das sich nicht auf diese Weise für einen produktiv verwenden läßt, dann kann man nur noch anderen die zeitlich begrenzte Nutzung seines Arbeitsvermögens gegen eine Vergütung gestatten. Man ist Arbeiter und auf Arbeitslohn angewiesen.

Unter diesen Geschäftsbedingungen tobt die ökonomische Konkurrenz, treten Kapitalisten in Konkurrenz zu ihresgleichen bei dem Vorhaben, ihren Profit zu maximieren, und unterbieten sich die vom Lohn Abhängigen wechselseitig, weil es ihnen gerade um die Realisierung eines möglichst guten Auskommens geht. Die, die gar kein Einkommen aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft ziehen können, weil mehr Arbeitskräfte vorhanden sind, als das Kapital insgesamt gebrauchen kann, müssen sich bereit erklären, für weniger Lohn zu arbeiten, als dies die aktuell vom Kapital verwandten Arbeitskräfte tun, um überhaupt das Interesse am Kauf ihrer Arbeitskraft wecken zu können. Diejenigen, die ihr schon bestehendes Einkommen, das sie aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft beziehen, steigern wollen, müssen mehr arbeiten, womit sie das Angebot an Arbeitskraft erhöhen und damit den Druck, für weniger Lohn als bisher arbeiten zu müssen, noch verstärken. Gerade indem der bürgerliche Staat dem Prinzip der Gleichheit gemäß sein Volk unterwirft, großzügig von allen Unterschieden zwischen den Teilnehmern der Konkurrenz absieht, bietet er Gewähr dafür, daß sich das Verhältnis von denen, die das Eigentum selbst zur Quelle ihres Auskommens machen können, und denen, die sich durch ihren freiwilligen Dienst an fremdem Eigentum erhalten müssen, reproduziert. Schaut man sich die ungleichen Mittel der Konkurrenten – Kapital und Arbeitskraft – an, erkennt man, wie die Garantie des Privateigentums ihre Wirkung zeitigt: Weil die Kapitalisten über die Mittel wie über die Resultate der Produktion als ihr Eigentum exklusiv verfügen, enthält das Eigentum, weil es eben alle anderen von seinem Gebrauch ausschließt, die Gewalt, anderen die Existenz zu bestreiten. Die Produktionsmittel der Gesellschaft sind nämlich die Bedingung für die Realisierung des Arbeitsvermögens. Die Rechnung, sein Arbeitsvermögen zu betätigen, um sich die Produkte des individuellen Konsums zu verschaffen, ist also unter den Bedingungen des Privateigentums auf die Erlaubnis der Eigentümer dieser Produktionsmittel verwiesen. Diese gestatten die Betätigung des Arbeitsvermögens anderen aber nur unter der Voraussetzung, daß daraus die Mehrung ihres Eigentums selbst resultiert, es sich also als Kapital bewährt. Für das Kapital ist der Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, dem diejenigen unterworfen sind, die über keine Produktionsmittel verfügen, Mittel seiner Vermehrung: in Gestalt des Angebots der zeitlich begrenzten Nutzung des Arbeitsvermögens anderer. Der Kapitalist kalkuliert deswegen den Lohn, den er dem Arbeiter für dessen Dienst zahlt, als Mittel für seinen Geschäftserfolg. Weil der Lohn, in der Höhe, wie ihn der Arbeiter verlangen kann, seinem Interesse an der Maximierung seines Profits zuwider ist, trachtet der Kapitalist danach, den Lohn zu beschneiden, wo es nur geht. Dies muß der Kapitalist, weil er es sich in der Konkurrenz mit seinesgleichen nicht erlauben kann, für seine Produktion mehr als andere zu verauslagen, und er kann es in dem Maß, wie es das Angebot an Arbeitskräften erlaubt. Um an ihren Lohn zu gelangen, unterbieten sich die Arbeiter wechselseitig. Die Kalkulation des Kapitalisten durchkreuzt also die des Arbeiters, der seinen Lohn zum Mittel seiner Existenz machen muß. Gerade vermittels seiner Unparteilichkeit gegenüber jedwedem Privatinteresse macht sich der Staat so den Interessen derer dienstbar, die über Eigentum verfügen, das sich zum Mittel der Maximierung ihres Profits machen läßt.

Unter diesen Bedingungen ihres Handelns wollen Menschen den Staat, weil sie ohne ihn durch andere um die Grundlage ihres ökonomischen Handelns gebracht würden. Hierin liegt Volkes Wille, und die Staatsgewalt geht vom Volke aus, wenn sie ihm auf die dargestellte Weise entspricht. Der Witz dieser Entsprechung ist jedoch, daß die Kollision der Interessen, die den Einzelnen den Staat als notwendige Voraussetzung der Realisierung ihrer ökonomischen Interessen erscheinen läßt, gerade durch die staatliche Garantie des Eigentums erzwungen wird: Sich auf eine der beiden aufgezeigten Weisen unter dem Zustande allgemeiner ökonomischer Konkurrenz bewähren muß nur derjenige, der der staatlichen Herrschaft unterworfen ist. Diese Einsicht widerlegt auch die gängige Behauptung, es brauche den Staat wegen der bösen Menschennatur. Daß die Realisierung der Interessen der einen zwangsläufig die Verhinderung der Realisierung der Interessen der anderen bedeutet, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern verdankt sich der Eigenarten eben der Gesellschaft, über die der Staat gebietet. – Diese und weitere Auskünfte zu einer Form der politischen Herrschaft, die ausgerechnet für die von ihr Beherrschten da ist, gibt es in dieser Arbeitsgruppe.

Dealerhatz

Integration in die Volksgemeinschaft durch den Kampf gegen 'die Organisierte Kriminalität'



Die netten Zeichnungen sind einer Broschüre der *Jungen Nationaldemokraten* entnommen. Titel: Drogenland Deutschland. Frage: „Willst Du, daß sich ausländische Drogendealer auf Kosten der deutschan Jugend bereichern?" Antwort: „Wir nicht!" Denn: „Der Griff zu der Droge ist ein Symptom. In einem Land, in dem man **keine Ideale** mehr hat, das schon lange **keine Heimat** mehr ist, weil Millionen von Ausländern hineingepumpt werden, ein Land, in dem **das Volk sich und seine Geschichte verachtet** (...) sind Drogen ein scheinbarer Ausweg." (Hervorhebung im Original)
Schlimm, schlimm...

„Wir, die Bürger, sind Gefangene von Rauschgifthändlern. Ich möchte die Rauschgifthändler einsperren, damit wir wieder frei werden"
Gouverneur Rockefeller, N.Y. 1973

Mit kaum einer Tätigkeit sind seit den 80er Jahren mehr Wahnvorstellungen und vernichtende Werturteile verknüpft als mit dem illegalen Drogenhandel. Über kaum jemanden wollen die mediatisierten BürgerInnen derart bescheid wissen, wie über den Dealer: Er lauere in Discos, wo er ahnungslosen BesucherInnen Drogen ins Getränk schütte und TänzerInnen, sobald sie verschnaufen, zum nächsten XTC-Trip pushe. Weiter treibe der Dealer mittlerweile – o tempora, o mores – auf immer mehr Schultoiletten und Pausenhöfen sein leidbringendes Geschäft. Dort streue er auch LSD-getränkte Papierschnippsel unter unseren Nachwuchs. Anfixen, Aussaugen, Liegenlassen – das kennzeichnet nach herrschender Ideologie den Alltag in seinem Beruf.

Solcherlei verzerrte Wahrnehmung über Leute, die in ihrem Job zunächst mal das gleiche machen wie Kaffeehändler oder Kornbrenner, nämlich wegen der Aussicht auf Profit eine Rolle im Zirkulationsprozeß psychoaktiver Substanzen zu übernehmen, verdankt ihre Fähigkeit zur Massenbegeisterung einem pathologisierenden Blick auf die KonsumentInnen illegalisierter Drogen, sowie einem dämonisierenden auf die Stoffe selbst. Die ihnen anheimgefallenen sind dem Bilde nach Opfer, unfähig, mit der Welt fertig zu werden und deshalb erst recht schutzlos der jeweiligen Substanz ausgeliefert. Nach hegemonialer Logik sind die angeblichen Opfer der Droge weiter – worauf hier focussiert werden soll – insbesondere die Opfer derjenigen, die für die Verfügbarkeit der Stoffe stehen: Opfer der Dealer. Genauer nachgefragt, was das Böse an ihnen ausmache, reiht sich in linksradikalen Enzykliken und massenmedialer Scheiße ein Vorurteil an das nächste. Selbst wenn in seltenen Fällen Menschen die Erkenntnis sich aneignen, daß es Drogen solange gibt, wie eine Nachfrage nach ihnen existiert und sie erkennen, daß Dealer sich nicht händereibend über den Tod der KonsumentInnen amüsieren, sondern einfach auch am Gewinn interessiert sind, tut dies ihrem wahnhaften Willen zur Hatz keinen Abbruch. Dieser Wille wird erst vor dem Hintergrund der Ideologie eines nationalökonomisch beheimateten, verantwortungsvollen Abeitgebers überhaupt in abseitigem Licht nachvollziehbar. Ihm wird zugeschrieben, daß seine Funktion die Arbeitsplatzschaffung, resp. das Wohlergehen seiner Lohnabhängigen und die Entrichtung von Steuern an den Staat, der bekanntlich für unser aller Interessen da sein soll, sei. In einem Zuge erscheint vor Bürgers Auge auf der anderen Seite das Zerrbild des irrespektablen Kapitalisten, der dies alles nicht tut, sondern mit Todesdrogen sein Geschäft im Rahmen global operierender, geheimdienstartig organisierter Mafia macht. Er schafft angeblich nichts, sondern ist einfach steinreich und dabei intelligent und verschlagen. Dealer seien eben verlogen und zu jeder Widerwärtigkeit bereit: In Zeiten der Flaute schicken sie die Freundin – ein männlich besetztes Stereotyp also – auf den Strich, während sie mordend neue Märkte erschließen; sie sind Schmarotzer, sind parasitär.



Die analytische Feststellung, daß die grundlegende Besonderung ihres Geschäftes lediglich die Nichtdeckung des Deals duch das staatliche Gewaltmonopol ist, wird wegen ihrer Distanz zum moralischen Verdikt als Häresie verfolgt. Zur Verteidigung des „Rechts auf Haß" wird munter pathisch projiziert, was sich konkret im Leben des Dealers ereigne.

Drogenhandel

Wird über den illegalen Drogenmarkt gesprochen, so wird ironischerweise meist der Alltag der Legalwirtschaft als Fratze in die Parallelwirtschaft übertragen: nach dem falschen Bild der klassischen Mafia teilten einige Kartelle den Markt auf und diktierten Bedingungen. So wenig wie die klassische Mafia (in all ihren Erscheinungsformen) eine zentral organisierte Gegengesellschaft war – sondern stets ein Konglomerat einiger Dutzend Großfamilien, in verschieden intensiver Konkurrenz sich befindend – trifft dies auf den Bereich illegalisierer Drogengeschäfte zu. Man findet hier eine noch größere Vielfalt an unabhängig agierenden Kernen auf den verschiedenen Ebenen des Handels, die mitnichten als mafiös zu bezeichnen wären.

Der höchste Organisationsgrad besteht wohl im Endbereich der südamerikanischen Kokainproduktion. Die Gründe hierfür liegen nicht im aufwendigen Prozeß der chemischen Weiterverarbeitung der Kokainbase, sondern die spektakulären Zusammenschlüsse entstanden erst in jüngerer Zeit unter dem Eindruck des wachsenden staatlichen Verfolgungsaufwandes und des US-amerikanischen „war on drugs". Nicht gegengesellschaftliches Machtstreben, sondern die grenzüberschreitende Aktivität der Drogenfahndung sind Anlaß der unternehmerischen Konzentration. Schon grenzüberwindende Schmuggler sind meist Kleinunternehmer, keine Gehaltsempfänger. So auch die Kokabauern, die nicht mit vorgehaltener Waffe der Orgaisation einverleibt werden, sondern das Geschäft eigenmotiviert und auf eigene Rechnung erledigen. Der Handel mit Opiaten und Cannabisprodukten ist noch unkonzentrierter, sogar Polizeiberichte bestätigen, daß der größte Teil des Heroins über den „Ameisenhandel" in die Metropolen kommt, synthetische Drogen müssen aufgrund der Tatsache, daß jeder Chemiestudent sie herstellen kann, erst gar nicht weit reisen.

Gegen die Organisierung als Großkonzerne spricht also nicht nur der Umstand, daß drohende Denunziation (und sei es durch Konkurrenten) den Kreis des vertrauenswürdigen Umfeldes eingrenzt, sondern auch die guten Einstiegsbedingungen für kommerziell Interessierte.

Stereotypen

Wer von denen, die am illegalen Drogenhandel beteiligt sind, nicht als Mittelsmann, Kokakönig oder sonstwie bezeichnet wird, bleibt diffus. Soziologisch aufgeschlüsselt sind die meisten Dealer Junkies oder Menschen, die bis auf den Konsum illegalisierter Stoffe ein abschreckend gewöhnliches Leben führen, so z.B. auch einem gesellschaftlich akzeptierten Beruf nachgehen. Der Wechsel zwischen der Kenntnis einer guten Kaufverbindung zum Schlüpfen in diese Marktposition wird in der Regel geplant und bewußt vollzogen. Das Motiv zu dealen liegt bei den meisten soziologisch erfaßten Fällen in der bürgerlichen Alltagswelt und ist keiner Boshaftigkeit geschuldet: Die einen beginnen den Handel, um ihren eigenen Konsum besser finanzieren zu können, andere um durch größere Mengen an besseren Stoff zu kommen, wieder andere, um Schulden von Familienangehörigen oder den Unterhalt von Schutzbefohlenen finanzieren zu können. In den meisten Fällen markiert der Einstieg ins Geschäft keinen Wechsel sonstiger Gepflogenheiten. Mit Waffen haben Kleinhändlier – und sie stellen das gros der Involvierten – nichts zu tun. Geht es um Koksdeals größeren Stils, substituiert die Bewaffnung die staatliche Gewalt, die der Legalwirtschaft zur Durchsetzung vertraglicher Vereinbarungen verhilft. Schußwechsel in der Drogenszene der Ersten Welt sind gleichwohl seltene, hierzulande gänzlich projizierte Erscheinungen: Bleiemissionen bedeuten Gefahr für Geschäft und Freiheit, an der alle Beteiligten wie in der Legalwirtschaft interessiert sind.

Eine alte Mär stellt das Anfixen dar, was für den Wahnhaften taugt, sein eigenes Konstrukt für schlüssig zu halten. Denn da Heroin und LSD Todes- und Wahnsinnsdrogen sein sollen, stellt sich jenen die Frage, warum Menschen diese überhaupt nehmen sollten. Schon theoretisch spricht gegen das Szenario des Dealers, der heimlich „Suchtgift" ins Getränk schüttet, von dem arme Seelen „beim ersten mal" abhängig würden, schon der Zusammenhang von Rauscherleben mit dem Gefühlszustand, dem Umfeld und dem Freien Willen, sich auf das modifizierte Wahrnehmen einzulassen. Ganz praktisch steht der behaupteten Anfixpraxis der Wert des Stoffes entgegen: weil Dealer nicht Gehaltsempfänger „der Drogenbosse" sind, können sie teure Werbegeschenke dieser Art nicht machen und wüßten auch so, daß ein unfreiwillig erlebter Rausch, der mitnichten „beim ersten mal" abhängig macht, potentielle Kunden auf Dauer vergraulen würde. Mehr dazu in der Arbeitsgruppe.

Nationalsozialismus und postfaschistische Demokratie



Fluchtpunkte

An der Feststellung, daß am 8. Mai 1945 nicht die „Stunde Null“ schlug, sondern die Erfolgsstory der Bundesrepublik auf den Grundlagen, die der Nationalsozialismus gelegt hatte, begann, ist zunächst nichts ehrenrühriges – ohne die im Krieg erfolgte Zerstörung der alten Produktionsanlagen hätte es beispielsweise den Produktivitätsschub der Nachkriegszeit nicht gegeben. An der Heftigkeit, mit der aber diese ebenso banale wie evidente Feststellung abgestritten wird, läßt sich ablesen, daß diese Gesellschaft noch einiges mehr dem Faschismus zu verdanken hat, was lieber niemand so genau wissen soll und will; und Aufgabe der Kritik muß es sein, herauszuarbeiten, daß alle jene demokratischen Funktionsträger, die vor 1945 als mordende Richter, NS-Propagandaleiter, Kommentatoren der Rassegesetze, SS-Kampfkommandanten, KZ-Baumeister und Oberleutnants der Wehrmacht aktiv waren, all die Filbingers, Kiesingers, Globkes, Schleyers, Lübkes und Schmidts also, keine „Skandale“, wie es die – immer schon minoritäre – liberale Öffentlichkeit wollte, sondern die der postfaschistischen Demokratie durchaus angemessenen Funktionsträger darstellten und -stellen.

Als die Alliierten dem Nationalsozialismus und seiner Vernichtungsmaschinerie 1945 das Ende setzen, zu dem die Deutschen aus eigener Kraft nicht in der Lage gewesen waren, trafen sie auch Vorkehrungen, wie Racheakte der Bevölkerung an den NS-Machthabern zu verhindern wären. Zu ihrer Überraschung erwiesen sie sich als vollständig überflüssig, und der britische Ankläger in den Nürnberger Prozessen gegen die Nazi-Größen fand auch heraus, warum: Detailliert wies schon er nach, was nach ihm alle ernstzunehmenden Historiker bis hin zu Goldhagen immer wieder bestätigen sollten: daß nämlich die Deutschen zum Kriegsende hin, als sich die staatlichen Strukturen mehr und mehr auflösten, aus eigener Kraft eine nationalsozialistische Selbstorganisierung betrieben hatten. Das NS-System hatte den Wünschen der Deutschen entsprochen. Aus ihrer „Gefühlsstarre“ (H.Arendt), die dessen Ende hervorgerufen hatte, erwachten sie erst wieder, als die durch den Kalten Krieg hervorgebrachte staatliche Rekonstitutierung Deutschlands diese Wünsche nutzbar machen konnte. Die durch den Faschismus ins Werk gesetzte Volksgemeinschaft transformierte sich ökonomisch ins „Wirtschaftswunder“, politisch in die „wehrhafte Demokratie“: Während Kapitalisten und Arbeiter, wie in der Deutschen Arbeitsfront erprobt, auf die Verfolgung ihrer partikularen Interessen verzichteten, um die vielgerühmte deutsche Investitionsstabilität, den „sozialen Frieden“, herzustellen, fand sich die deutsche Bevölkerung zum einigen Kollektiv gegen die kommunistische Weltverschwörung und gegen den inneren Feind, ob Baader-Meinhof-Bande oder die Dealermafia, pogromtauglich zusammen. Der nationalsozialistische Staat hatte die totale Dienstbarkeit des Einzelnen fürs gesellschaftliche Ganze organisiert, deren Substanz unterm Banner der Willkürbegriffe von ‘Volk’und ‘Rasse’ die klassenübergreifende Verfolgergemeinschaft gegen alle, die jene Willkür als ihr Negativ gesetzt hatte, verbürgt hatte. Von diesem Erfolg profitierte der postfaschistische Staat, das „Modell Deutschland“, das von „jedem einzelnen abverlangt, daß er bereits bei der Formulierung seiner Interessen die Gemeinwohlverpflichtung sich subjektiv zu eigen macht.“ (C. Nachtmann) Eine Forderung wird in Deutschland nur laut, wenn den Fordernden vorab gesichert erscheint, daß nicht bloß sie„ sondern mindestens der „Standort“ mitgewinnt; dann werden sie auch gerne gesehen. Denn während der französische Arbeitslose nur an sein Auskommen denkt, empfiehlt sich der deutsche Arbeitslose in Protesten betitelten Arbeitswilligkeitsdemonstrationen dadurch, sich zuvörderst den Kopf zu zerbrechen, wie er der Gesellschaft nicht länger auf der Tasche liege.

Daß freilich solche Kritik zugelassen ist, beweist: Postfaschismus ist nicht Faschismus, sondern dessen produktive Transformation. Wie am Anbeginn der vielbeschworenen Gemeinsamkeit der Demokraten eine ganz andere Gemeinsamkeit stand, auf die stillschweigend aufgebaut werden konnte: nämlich, daß fast ein jeder der deutschen Gesellschaft Komplize in der Vernichtung der europäischen Juden geworden war, so lautet überhaupt das Erfolgsrezept der postfaschistischen Demokratie, den nationalsozialistischen Ausnahmezustand gewinnbringend und reibungslos in den verläßlichen demokratischen Normalvollzug integriert zu haben. Daß damit Staat zu machen war, ein beispiellos erfolgreicher zumal, verweist darauf, daß wir es nicht bloß mit einem nationalen Defekt zu tun haben, einem abzustellendem „Sonderweg“ etwa, wie wohlmeinende Liberale glauben. Vielmehr mag man in Deutschland jene Avantgarde sehen, die den Weg weist, die ein Nationalstaat nach dem Ende der heroischen, liberalen Phase des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu gehen hat: den reibungslosen Vollzug des Ganzen zu gewähren, ohne erst nachträglich Störungen bekämpfen zu müssen, und zu diesem Zwecke das Kunststück zu vollbringen, den Staatsbürger mit seinem Einvernehmen an die Kandarre des ominösen Allgemeinwohls zu nehmen, ohne daß sich dessen Individualität noch anders als funktional muckt. Daß andere Staaten dem Vorbild folgten, Frankreich beispielsweise sein republikanisches Staatsbürgermodell dem deutschvölkischen, vermeintlichen anachronistischen Blutsrecht opferte, mag diesen Befund bestätigen; den Sieger macht es hingegen nicht recht froh. Die Konkurrenz ist im Kampf um Verwertungsbedingungen aufgerückt, und so ist das, was einst (zusammen mit alliierter Präsenz) für die Sonnenseite des postfaschistischen Staatsmodells bürgte, daß die Wirtschaft beständig wächst und alle VolksgenossInnen zumidest ein bißchen profitieren, zur Disposition gestellt.

In der gigantischen Resozialisierungsanstalt für Massenmörder, wie sie die Nachkriegs-BRD zwecks Fortsetzung deutscher Staatlichkeit notwendig darstellte, bediente sich die „Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, eben der Motive, welche es bereiten half“ (Adorno). Heute hingegen nähert man sich euphorisch der lange vergangenen Barbarei: In kollektiven Geschichtsinszenierungen wird der Anspruch untermauert, sich auch im Aufarbeiten von niemandem übertreffen zu lassen – und gerade prädestiniert zu sein, überall auf der Welt, in Jugoslawien beispielsweise, neue Auschwitze zu erkennen und militärisch zu verhindern. Zum anderen aber geht der interessierte Blick in die Vergangenheit, wenn es um Konzepte für den Standort geht. Wer aber in der Propaganda für den Arbeitsdienst oder in den Vorschlägen, abgelehnte, gleichwohl nicht abschiebbare Flüchtlinge verhungern zu lassen, sofern sie nicht freiwillig ausreisen, einen Bruch mit der alten BRD zu sehen meint, vergißt, daß hier tatsächlich nur reformiert wird: In Zeiten der Krise zeigt der postfaschistische Wohlfahrtsstaat bloß seinen häßlichen, autoritären Kern, auf den der Kritiker in besseren Zeiten vergeblich hinwies. Der Zweck des Staats, die totale Integration, und seine Drohung, nicht zu den Integrierten, zum Volk also, gehören zu dürfen, muß er keinesfalls ändern, wenn er flexibel auf neue Anforderungen reagiert. Und diese Flexibilität zu gewährleisten, umso vieles geschmeidiger als die alten, spröden liberalen Prinzipien, war der Postfaschismus angetreten.

Lars Quadfasel

Frauen und Volkskörper

Zur Kontinuität eines nationalen Politikfeldes

Bevölkerung erscheint als eine Sache, über die mensch neutrale Aussagen machen kann, und als ein Objekt, das fraglos menschlicher Kontrolle und Verwaltung zugänglich ist. Mit der Entstehung bürgerlicher Staaten stellt sich jedoch für diese erstmals die Frage nach ihrer »Bevölkerung« als eine politische. Dies geht einher mit der Geburtsstunde einer neuen Wissenschaft: der Demographie. Statistische Erhebungen über z.B. Geburten- und Sterberaten, das allgemeine »Gesundheitsniveau« und Migrationsbewegungen versuchen die relevanten Prozesse »des Lebens« zu erfassen, die notwendig sind zur Regulierung von Bevölkerungen: „gewiß ein unerläßliches Element bei der Entwicklung des Kapitalismus, der ohne kontrollierte Einschaltung der Körper in die Produktionsapparate und ohne Anpassung der Bevölkerungsphänomene an die ökonomischen Prozesse nicht möglich gewesen wäre.“(Foucault, M.: Sexualität und Wahrheit I. 1977, S.168). Dabei bedurfte es Verfahrensweisen, die es ermöglichten, sowohl die Körper der Individuen, als auch die Bevölkerung insgesamt in diesem Sinne zu optimieren, ohne deren Unterwerfung zu erschweren. Der Knotenpunkt zwischen diesen beiden Strängen – Disziplinierung der Individuen und Regulierung der Bevölkerung – liegt in der Sexualität.

Das Objekt der Verwaltung: Frauen-Körper

Die Behauptung eines gesellschaftlichen Gesamtinteresses, das im »Volkskörper« seine totale organizistische Synthese findet, war und ist stets mit einem Zugriff auf den »Frauenkörper« als Ort der Produktion »des Lebens« verbunden. Über ihre potentielle Rolle bei der Reproduktion werden Menschen in Frauen und Männer eingeteilt: die Reproduktion ist die Matrix der Festschreibung von Frauen als Geschlechtswesen. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, daß alle Frauen Mütter werden sollen oder können. Das staatliche Interesse macht sich ihre Fähigkeit aber zu eigen, indem es durch gesetzliche Regelungen Vorgaben macht, indem bestimmten Frauen Anreize zum Gebären gegeben werden und anderen nicht.

Der Paragraph 218 ist neben anderen staatlichen Maßnahmen – von Steuervergünstigungen, wie z.B. dem Ehegattensplitting, Kindergeld bis hin zur ideologischen Aufwertung der Mutterrolle – sicherlich das geläufigste Instrument zur Erhöhung der nationalen Geburtenrate. Um die geht es dabei generell, es sollen schon mehr »eigene« Kinder zur Welt kommen. Die Kehrseite dieser nationalistischen Bevölkerungspolitik findet sich sowohl in den alltäglichen Abschiebungen von MigrantInnen, als auch auf internationaler Ebene im stetigen »Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion im Trikont« wieder. Die Ursache dafür liegt in einer Nationalstaatlichkeit, die in

Weise verfahren wird. Das Bild der Wellen und Fluten von AusländerInnen, die die »Volksgemeinschaft« der Deutschen mit ihren Ansprüchen und ihrer Mentalität bedrohen, kristallisiert sich zu einer Politik, die abwehrend und Ursachen bekämpfend agiert. Die Ursachen werden bekämpft durch von einzelnen Industriestaaten oder internationalen Zusammenschlüssen initiierte Familienplanungsgsprogramme, die meist gekoppelt sind an wirtschaftliche Anforderungen an den entsprechenden »Entwicklungsstaat«, der dann diese Projekte zu seinen ureigensten macht, also eine quantitative Bevölkerungspolitik im negativen Sinne betreibt. Das Gemeinsame an geburtenfördernder wie geburtenhemmender Politik ist, daß der Frauenkörper als Instrument behandelt wird, der im Kalkül nationalstaatlicher Interessen liegt. Das ist die Verplanung des Bevölkerungsganzen in Qualität und Quantität im Raum und die Disziplinierung der einzelnen Körper mit ihrer Reproduktionsfähigkeit.

Die Umformulierung des §218

Aufgrund der »Wiedervereinigung« trafen zwei konkurrierende Gesetze bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs aufeinander, die bis zur vorgeschriebenen endgültigen gesetzlichen Regelung nebeneinander standen. Daher wurde das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) angerufen. In seinem Urteil zur Neuregelung des §218 vom Mai 1993 sieht es eine Fristenregelung vor, nach der der Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche straffrei bleibt, insofern sich die Frauen einer Zwangsberatung unterziehen. Deren Zielsetzung definiert sich folgendermaßen: „Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung zur Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Dabei muß der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat, und daß deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die ... so schwer und außergewöhnlich ist, das sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt.“ Dieses Werturteil des BVerfG definiert den weiblichen Körper weiterhin vorrangig als mütterlichen. Der Zugriff auf den Körper der Schwangeren organisiert sich nicht mehr als offene Repression, sondern zieht seinen Erfolg aus der Zusammenarbeit mit den betroffenen Frauen selbst – ob sie das letztlich wollen oder nicht. Wobei straffrei längst nicht erlaubt meint. Die Kosten des Eingriffs sind folglich von den Frauen selbst zu tra-

regelung – medizinische, soziale und kriminologische – genügen. Die „zumutbare Opfergrenze“ impliziert, daß es der Frau durchaus abverlangt werden kann, persönliche Schädigung zum Wohle der Allgemeinheit und dem des potentiellen Kindes auf sich zu nehmen. Die veränderten Regulationstechniken, wie sie sich in der wachsenden Beliebtheit humangenetischer Beratungsstellen zeigen, definieren sich unlängst nicht mehr über den »Volkskörper«, sondern als präventive im Sinne individueller Lebensplanung.

Eugenische Bevölkerungspolitik

Der für Industrienationen typische Pronatalismus, also geburtenfördernde Politik, hatte nie nur einen quantitativen Aspekt, sondern immer auch einen qualitativen. Die qualitative Ausrichtung entwickelte sich mit einer Wissenschaft, die von sich behauptet, pränatale Aussagen über das werdende Kind machen zu können. Mit der Wiederentdeckung der Mendelschen Gesetze zu Anfang dieses Jahrhunderts konstituierte sich die Genetik. Zeitgleich entfachte sich eine Debatte über eine eugenische Gesetzgebung, die in den USA der 20er Jahre schon ihre Anwendung fand.

In Deutschland wurde von den Nationalsozialisten 1933 die eugenische Indikationsregelung, im Zuge des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, eingeführt. Die heutige Bezeichnung als medizinische Indikation beinhaltet die gleiche Stoßrichtung: die Verhinderung von Menschen, die den Anforderungen der aktuellen gesellschaftlichen Arbeitsteilung potentiell nicht genügen werden. Wir bestreiten die reale Verhinderung »Behinderter« durch eugenische Maßnahmen. Der Effekt von Eugenik besteht vielmehr in einem System, das ein Recht konstatiert, das nach lebenswert und unwert scheidet, indem es überhaupt erst einmal einen Wert menschlichen Lebens bestimmt. Die Humangenetischen Beratungsstellen versuchen »behindertes« Leben vor der Befruchtung zu verhindern, bzw. bei einer negativen Prognose einen Schwangerschaftsabbruch anzuraten. Die Methoden unterscheiden sich, der Zweck bleibt sich gleich: Die Verhinderung erbkranken Nachwuchses. Die Verantwortung verschob sich vom Staat auf das Individuum. Durch eine Vielzahl pränataldiagnostischer Möglichkeiten wird die Frau heute dazu angehalten, »in ihrem Interesse« zu handeln, sich nicht der Last eines »behinderten« Kindes auszusetzen. Die »Schuld« ist damit individualisiert. Daß »Behinderung« an sich eine Schuldfrage ist, bleibt sich gleich. Und diese Frage ist nur beantwortbar in Berücksichtigung staatlicher Interessen an verwertbarem Menschenmaterial.

